Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 2,70, monatl. 90 Pf. durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 2,40 bezw. 80 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 30 Pf. für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 25 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 75 Pf. — Zissergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 3. Sonnabend, den 4. Januar 1919. 159. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 und 6 betr.:

Verordnung über Dreschen mittels elektrischen Stromes.
Freiwillige für die 10. Armee.
Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1919.
Mündliche Abgabe der Steuererklärungen.

Tageschronik

Der Kampf um den deutschen Osten.
Spartakus und Hauptquartier.
Der lästige Radeck.
Die brutale Entente.
Amerika liefert Getreide!

Klarheit im Osten?

Berlin, 2. Jnauar. Die Ostfragen bilden heute den Gegenstand eingehendster Erörterungen sämtlicher beteiligten öffentlichen Stellen. Schon am Vormittage war das Reichskabinett zusammen getreten, um diese im Vordergrund des Interesses stehende und rasche Entschlüsse erheischende Angelegenheit zu beraten. Nachmittags schloß sich eine Sitzung mit den preußischen Volksbeauftragten an und späterhin trat auch der Zentralrat hinzu. Bei diesen gemeinsamen Beratungen handelte es sich nicht nur um die Ereignisse in der Provinz Posen, sondern auch um die das Gebiet der äußeren Angelegenheiten streifende Lage in den besetzten Gebieten und deren Regelung, sowie auch um das Verhältnis des deutschen Reiches zur Sowjetregierung. Die Bewegung, die in Posen von polnischer Seite eingeleitet worden ist, und der bolschewistische Vormarsch im Norden sind in gleichem Maße geeignet, das Reich zu bedrohen. Sie verlangen dringend eine starke Gegenwirkung, wenn nicht der Bestand des Reiches gefährdet werden soll. Unter diesen Umständen wird erwartet, daß die heutigen Beratungen, an denen auch das Kriegsministerium beteiligt ist, zu entsprechenden Entschlüssen führen werden. In politischen Kreisen scheint man sich auch darüber klar zu sein, daß eine Lösung der Schwierigkeiten, in die man sich hineinbringen ließ, jetzt nur noch von einer schnellen und umfangreichen Aufbietung militärischer Machtmittel zu erwarten ist.

Der preußische Minister Ernst hat sich über die Möglichkeit eines deutschen Widerstandes gegen den polnischen Aufruhr sehr pessimistisch geäußert. Er meint, wir könnten nicht einmal eine Division mehr aufbringen und seien daher nicht in der Lage, uns der Polen zu erwehren. Wie es scheint, teilt das Kabinett diese Auffassung nicht. **Die Reichsregierung ist entschlossen, in Polen mit Waffengewalt einzugreifen**, wenn es keinen anderen Weg gibt, und glaubt auch die dafür notwendigen Kräfte aufbringen zu können. Unter diesen Umständen verdienen die Besprechungen, die am Donnerstag nachmittag zwischen den Volksbeauftragten und dem Zentralrat zusammen mit dem preußischen Ministerium stattfanden, weitgehende Beachtung. Sie müssen über unsere künftige Ostpolitik Klarheit bringen; denn mit der Polenpolitik in engem Zusammenhang stehen auch die Lage in den baltischen Provinzen und die Beziehungen zu der Sowjetrepublik, die durch das Auftreten Radeks in Berlin ebenso wie durch den Vormarsch der Bolschewisten gegen Riga ins Rollen gekommen sind.

Die deutsche Waffenstillstandskommission gegen polnische Eroberungsgelüste.

Berlin, 2. Januar. Hiesige Blätter melden aus Graudenz: Die Waffenstillstandskommission sandte auf ein Telegramm der Deutsch-Nationalen Volkspartei in Graudenz, das schärfsten Einspruch gegen die großpolnischen Bestrebungen erhob, folgende Antwort: „Kein Zoll deutschen Bodens soll polnischen Eroberungsgelüsten zum Opfer fallen."

Ein Volksrat gegen die polnische Gefahr in Danzig.

Danzig, 3. Januar. Aus einer sehr zahlreich besuchten Versammlung heraus wurde hier ein Volksrat zur Abwehr gegen die polnische Gefahr mit dem Archivrat Dr. Volkmann als Vorsitzenden gegründet. Es soll eine militärische Wehrtruppe gebildet werden. Eine Entschließung gegen die polnischen Abtrennungsgelüste geht an die Reichsleitung, die Nationalversammlung und die Friedenskonferenz.

Sperrung der Grenzübergänge.

Danzig, 3. Januar. Aus Thorn wird gemeldet: Die Grenzübergänge zwischen der Provinz Westpreußen und Polen sind von der polnischen Regierung gesperrt. Flüchtlinge aus Polen berichten von Truppenansammlungen an der preußischen Grenze.

Das Vordringen der Polen.

Berlin, 2. Januar. Dem „Berl. Tagebl." zufolge sind der Truppenübungsplatz Warthelager und Ostrowo in den Händen der Polen. Auch die Eisenbahn Posen—Thorn ist von den Polen besetzt. Die Eisenbahnlinie Posen—Lissa ist in den Händen der polnischen Arbeiterräte. Auch in den Regierungsbezirk Bromberg sind die Polen eingedrungen.

Die Parteien in Posen.

Berlin, 2. Januar. Ueber die Stärke der in Posen sich gegenüberstehenden Parteien erfährt eine Korrespondenz, daß die Polen etwa 6000 Mann stark sind, organisiert in zwölf Sicherheitskompagnien zu hundert Mann und in die Bürgerwehr. Ihnen ständen etwa 2000 Soldaten der Ersatzbataillone des Gren.-Regt. 6, der Fußart.-Regt. 5 und 23, des Feldart.-Regt. 20, der Maschinengewehrabteilung und der Fliegertruppe gegenüber. Jetzt halten sich nur noch die 6. Grenadiere, ein Teil des aus dem Felde zurückgekehrten aktiven Regiments. Die Dauer ihres Widerstands werde von der Möglichkeit der Lebensmittelzufuhr abhängen. Ueber die trostlose Lage in Posen wird gemeldet: Die deutschen Truppen sind mit Ausnahme der Flieger-Ersatzabteilungen aus der Garnison Posen abgezogen, und zwar die letzten Abteilungen gestern. Die Verwaltung, Post, der Telegraph und die Eisenbahn befinden sich in polnischen Händen. Der männliche Teil der Bevölkerung ist, soweit er sich für die Bewegung zur Verfügung gestellt hat, mit Waffen ausgerüstet worden. Selbst 15jährige Burschen werden ausgerüstet. In den Straßen Posens kann man von einer gesicherten Ordnung schon deshalb nicht sprechen, weil eben einerseits unter Bewaffneten sich Unerfahrene, andererseits auch Kinder befinden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die ganze Bewegung unter Benutzung des nationalen Gedankens bolschewistische Formen annehmen kann, wenn nicht durch Eingreifen der deutschen Regierung die Ordnung wiederhergestellt wird. Haussuchungen werden vielfach von unberechtigten Personen vorgenommen. Auch Plünderungen sind an der Tagesordnung. Die Bewegung setzt sich jetzt auch nach den Provinzorten fort und nimmt hier einen besonders bolschewistischen Charakter an.

Polnische Wirtschaft.

Berlin, 2. Januar. Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt folgendes mit: Der Vorsitzende der englischen Delegation in Spa, General Haking, hat an den englischen Oberstleutnant Wade, zur Zeit in Posen, folgendes Telegramm gerichtet:

„Ich erhielt vom englischen Auswärtigen Amt den Auftrag, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang.

General Haking,
Britische Delegation Spa."

Oberstleutnant Wade war von deutscher Seite gemeinsam mit Paderewski freies Geleit ausdrücklich nur für die Reise von Danzig nach Warschau gewährt worden. Beide hatten sich aber trotz des deutschen Protestes nach Posen begeben und dort, wie die deutsche Regierung es der Entente unter Ablehnung jeder Verantwortung voraussagte, deutschfeindliche Demonstrationen veranlaßt, in dem sie unter bewußter Entstellung der Tatsachen dem stellvertretenden Generalkommando in Posen mitteilten, ihr Aufenthalt in Posen vollziehe sich im Einverständnis mit der Deutschen Waffenstistandskommission. Mit dem strikten Befehl zu Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge getan, daß Wade und Paderewski das deutsche Reichsgebiet unverzüglich verlassen sollen.

In der Nacht zum 1. Januar sind Paderewski, die beiden Mitglieder der englischen Kommission in Richtung Warschau abgereist. Kommandeur Rawlings, das dritte Mitglied der Kommission, fuhr über Berlin nach Spa mit einem Bericht für die Waffenstillstandskommission.

Erklärung des Ministers Ernst.

Berlin, 1. Januar. Der nach Posen entsandte Vertreter der Regierung, Minister Eugen Ernst, und der Bevollmächtigte des Kriegsministeriums, Paul Göhre, sind in der Nacht zum Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt. Ueber seine Erlebnisse und Eindrücke, die er in Posen empfing, gibt Minister Ernst der Telegraphen-Union folgende anschauliche Schilderung:

Unmittelbar nach unserer Ankunft in Posen begaben wir uns zunächst zu dem Oberpräsidenten v. Eisenhart-Rothe, mit dem wir uns eingehend über die augenblickliche schwierige Lage in der Stadt und in der Provinz Posen berieten. Als wir nach der ausgedehnten Aussprache das Präsidialgebäude verlassen wollten, erklärte uns die polnische Wache, die, mit Gewehren bewaffnet, ungefähr 30 Mann stark war, daß wir das Gebäude nicht ohne besondere Erlaubnis des Abgeordneten Trampczynski verlassen dürften. Unsere Einwendungen gegen diese Gewalt blieben erfolglos. Wir wurden im Hofe des Gebäudes festgehalten, trotzdem wir uns ausreichend als Vertreter der preußischen Regierung legitimierten und auch nicht unterließen, auf die möglichen Konsequenzen eines solchen Gewaltaktes hinzuweisen. Ungefähr nach einer Stunde erschien Trampczynski und erteilte der Wache den Befehl, uns freizugeben. Er entschuldigte sich, daß er von dem Vorgehen der Wache angeblich keine Kenntnis gehabt habe und daß er das Vorgehen der Wachposten durchaus mißbillige.

Minister Ernst erklärte schließlich noch, vor 14 Tagen vielleicht wäre es unter Umständen noch möglich gewesen, mit militärischer Gewalt die Situation für die Berliner Regierung zu retten und ihre Vormachtstellung in Posen aufrechtzuerhalten. Heute sei es zu einem solchen Versuche zu spät. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Posen gesandt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich sei, würde sich die Lage nicht mehr verändern lassen. Jedenfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Posen und der östliche Teil der Provinz Posen sich **völlig in den Händen der Polen befinden.**

Dem Frieden entgegen ....?

Im Januar sollen die Vorfriedensverhandlungen ihren Anfang nehmen und wahrscheinlich werden sie in diesem Monat noch zum Abschluß kommen. In Deutschland erhofft man von dem Mitwirken Wilsons viel, und wie der litauische Staatsrat Dr. Purycкis in einer Unterredung versicherte, so ist auch der Glaube im Ausland verbreitet, daß Wilson der Mann sei, den Deutschen einen gerechten Frieden zu vermitteln. Das sind freilich vage Hoffnungen, die durch nichts bisher eine Bestätigung erfahren haben und sich lediglich auf Aeußerungen amerikanischer Staatsmänner und neutraler Zeitungen stützen. Gewiß haben wir den Eindruck gewonnen, daß Wilson von uns verkannt sein muß, falsch beurteilt wurde, aber schließlich liegt heute für uns kein Grund vor, nun unsere ganze Zukunftshoffnung auf den angeblichen Gerechtigkeitssinn Wilsons zu setzen. Frankreich und England lassen sich so leicht auch von Wilson nicht um den Gewinn ihres Sieges bringen, und Wilson wird schon Konzessionen machen müssen, die schwer auf uns lasten werden. Wie wenig wir von der Entente einen Wilson-Frieden, das heißt einen Frieden der Gerechtigkeit erhalten und erhoffen dürfen, können wir schon aus dem Verhalten der Entente in den letzten Tagen feststellen.

Denken wir nur an die anmaßende Haltung der Polen. Niemals würden die Polen den Mut finden, sich derart gegen Deutschland aufzulehnen und heute schon vor den Friedensverhandlungen, deutsche Gebiete als polnischen Besitz zu annektieren, wenn sie dazu nicht die Zusage der Alliierten besäßen und der Unterstützung der Engländer und Franzosen sicher wären. Es ist ja bekannt, daß eigentlich erst ein Engländer den Polen in der Stadt Posen den Weg gebahnt hat, und wir wissen, daß von der Entente, die immer wieder, sobald eine deutsche Handlung deren Mißfallen hervorruft, protestiert, noch mit keinem Wort die Polen in ihre Schranken verwiesen und ihnen nahe gelegt hat, mit der „Grenzberichtigung" bis zum Frieden zu warten. Das wäre aber Aufgabe der Entente gewesen, wenn sie den Waffenstillstandsvertrag mit Deutschland einhalten und ehrlich erfüllen wollte. Deutscherseits scheinen ja nun endlich Maßnahmen gegen die Willkür der Polen ergriffen zu werden. Wie es in neueren Meldungen heißt, soll den Polen mit Waffengewalt das weitere Vordringen gewehrt werden und es ist geplant, sie wieder aus Deutschland zu vertreiben (?). Wir dürfen gespannt sein, wie sich die Entente zu dieser deutschen Notwehr verhalten wird. Ihr Verhalten gibt Beweis dafür, was wir überhaupt von dem Gerechtigkeitswillen der Sieger zu erwarten haben. Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß unsere Regierung selbst auf die Gefahr hin, bei der Entente anzustoßen, vor militärischer Sicherung unserer Grenzen im Osten nicht zurückschreckt.

Die Polenwillkür dämpft unsere Hoffnung auf den Frieden schon wesentlich herab. Aber auch die Meldung, daß die Entente von Deutschland die Fortsetzung des Kampfes gegen den Bolschewismus in Rußland erzwingen will, spricht dafür, daß man die Gewalt über uns mißbrauchen will. Einmal ist es nicht angängig, von Deutschland die Fortsetzung des Kampfes gegen Rußland zu erzwingen, dann aber müßte gerade England vorsichtig in dieser Forderung sein, weil es dadurch sich in den Ruf bringt, seine annektionistischen Pläne im Baltenland durch andere sichern zu wollen. Man könnte dagegen nichts einwenden, wenn alle Mächte sich zusammenschlössen, um gemeinsam der Bolschewisten-Gefahr zu begegnen und sich durch diesen gemeinsamen Kampf der Weg zur Verständigung zwischen den alten Feinden ergäbe. Aber daß Deutschland nicht gefragt werden soll, sondern gezwungen wird, für englische Interessen zu kämpfen, läßt uns wenig Hoffnung auf den Frieden. Diese Handlung weist uns darauf hin, wie wir später immer als Sturmböcke für die Interessen anderer benutzt werden können. Es steht noch nicht fest, wie Deutschland dem Ansuchen der Alliierten begegnen wird. Einerseits haben wir gewiß ein Interesse daran, den Kampf gegen den russischen Bolschewismus aufzunehmen und das Baltikum gegen die Greuel der Bolschewisten zu schützen. Das Gefühl der Menschlichkeit und das Solidaritätsempfinden, das wir hier gegen Deutsche hegen, wird indessen wesentlich herabgestimmt durch den Zwang, der auf uns ausgeübt werden soll.

Und daneben müssen wir auch an eine weitere Gewalttat der Entente denken. Aus Budapest kommt die Nachricht, 2000 Mann französischer Truppen hätten sich des Quartiers des Generalfeldmarschalls Mackensen bemächtigt und ihn, der sich der ungarischen Regierung unterworfen und zur Verfügung gestellt hat, interniert. Die Franzosen haben hier weder das Abkommen zwischen Mackensen und der ungarischen Regierung respektiert, noch haben sie ein Recht zu solchem Vorgehen. Alle Proteste schlugen sie in den Wind, wie sie bisher ja immer für deutsche Proteste nur ein Achselzucken hatten. Der Deutsche soll sich die Behandlung als Besiegter gefallen lassen, bis zur Schmach soll er die Macht der Gegner spüren. Wilsons Einflüsse mögen viele Pläne der Franzosen gestört haben, doch haben sie sich noch soviel Handlungsfreiheit vorbehalten, daß sie überall als Sieger auftreten und die Deutschen und Deutschland niederdrücken können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190104-15/fragment/page=0001

Und angesichts solcher Gewaltakte, solcher brutaler Maßnahmen und solcher haßerfüllter Anordnungen sollen wir dem Frieden mit Vertrauen entgegensehen? Das wird schwer. Und man wünscht wirklich, es wäre bald Klarheit mit uns und unserem Schicksal. Der Januar soll diese Klarheit bringen. Er wird Deutschlands Schicksals-Monat sein . . .!

Riga wird geräumt.

Riga, 3. Januar. Am Silvestertage haben die deutschen Streitkräfte der Eisernen Division ihre Stellung bei Hinzenberg räumen und sich auf die Flügelstellung zurückziehen müssen, die nur wenige Kilometer von Riga entfernt ist. Der deutsche Gesandte, der tags zuvor in einem Panzerzug sich in die vorderste Linie begeben hatte, um sich über die Lage zu unterrichten und die Truppen zum Widerstand anzufeuern, traf die schwachen Streitkräfte in einer bereits so bedrohten Lage, daß ein Halten der Stellung am Hinzenberg unmöglich schien. In dem Augenblick, wo die Bolschewisten die Flügelstellung erreicht haben, ist die Räumung Rigas unvermeidlich geworden, besonders wenn man die Stadt schonen und sie nicht einer Einnahme mit stürmender Hand aussetzen will. Die englische Flotte hat sich außer Stande erklärt, ihrerseits helfend und schützend einzugreifen. Unter diesen Umständen ist, nachdem der Abtransport aller Truppen sich vollzogen hat, die Räumung Rigas noch im Laufe der Woche beschlossen worden. Die Akten der Gesandtschaft und der größte Teil des Personals ist bereits nach Mitau übergesiedelt. Der Gesandte mit seinem engsten Stabe ist noch in Riga geblieben, um erst im letzten Augenblick nach Mitau zu gehen. Da noch 1000 Reichsdeutsche sich in Riga aufhalten, und der große Wert an Privatbesitz und Heeresgut noch nicht abtransportiert ist, wird auch noch der Uebersiedlung der Gesandtschaft ein Vertreter des Gesandten mit einigen Hilfsarbeitern in Riga bleiben, um die reichsdeutschen Interessen gegenüber dem Bolschewisten zu vertreten.

Gegen Radek.

Berlin, 2. Januar. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radek und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Funkenspruch nach Moskau gerichtet:

Vor einigen Tagen ist Karl Radek, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen. Er ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente eingetreten. Radek und seine Genossen werden die Folgen des unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich genötigt, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklichst Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radeks wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten.

Ferner hat sie Oberost und dem Zentralrate der Ostfront, sowie sämtlichen Soldatenräten im Osten folgendes Telegramm zugehen lassen:

Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Radek ist vor einigen Tagen nebst einigen anderen bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakusvarlei Äußerungen zur Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Entente gemeinsam mit den Bolschewiki gesprochen. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unbefugter Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie es möglich gewesen ist, und zu ersuchen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu legen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt und daß alles dazu getan wird, um das Eindringen der Anarchie nach Deutschland zu verhindern.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob trotzdem Herr Radek noch wie vor in Berlin die Freiheit genießt, sein gemeingefährliches Treiben fortzusetzen.

Berlin Sammelberd der Bolschewisten.

Berlin, 3. Januar. Nach Ausweisung der Berner Sowjetgesandtschaft floh der italienische Redakteur Wissiano aus der Schweiz nach Berlin zur Spartakusgruppe.

Neue Angriffe der Unabhängigen gegen Hindenburg.

Berlin, 2. Januar. Die unabhängige sozialdemokratische „Freiheit" drückt ein Telegramm ab, das Generalfeldmarschall von Hindenburg am 27. Dezember an das Armeekommando Ober-Ost gerichtet hat. Es lautet:

Ich erkenne die vom Zentralrat der A- und S-Räte gefaßte Resolution betreffend die Verordnung über das Heerwesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche, tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Ständevertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann. Das Heer steht nach wie vor zur Regierung Ebert. Man erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebenen Zusagen über den Bestand des Heeres und die Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als maßgebend anerkennt und es dadurch dem Offizier- und Unteroffizierkorps ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

Das Telegramm stammt vom 27. Dezember. Es ist in der entscheidenden Sitzung am 28. Dezember dem Zentralrat mitgeteilt worden, und dieser hat es, wie die „Freiheit" bemerkt, ausdrücklich mißbilligt. Die „Freiheit" sagt dazu: „Trotzdem wagt es die Ebert-Regierung nicht, Hindenburg in seine Schranken zu weisen oder ihn jenes Postens zu entheben. Er und sein Adlatus Groener pfeifen auf Rätekongreß und Regierung."

Auch die militärischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission haben nach derselben Quelle gedroht, ihre Aemter niederzulegen, wenn die Beschlüsse des Rätekongresses über die Rangabzeichen und das Waffentragen durchgeführt würden. Die unabhängigen Volksbeauftragten haben den Vorschlag gemacht, daß den Offizieren zum Zwecke der Waffenstillstandsverhandlungen Rangabzeichen und Waffentragen gestattet sein sollten. Die militärischen Mitglieder verlangten aber darüber hinaus Rangabzeichen und Waffentragen auch außerhalb des Dienstes für das gesamte Heer. Die Regierung Ebert-Scheidemann-Landsberg scheint diesem Verlangen nachgegeben zu haben, jedenfalls wirft die „Freiheit" ihr vor, daß sie es nicht wage, den Militärs einfach den Kaufpaß zu geben, und sich lieber über den einstimmigen Beschluß des Rätekongresses hinweggesetzt habe.

Soldatenrat und Oberste Heeresleitung.

Berlin, 2. Januar. Die unabhängige sozialistische „Freiheit" hatte vor einigen Tagen Mitteilung gemacht von einem Protest des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung des Feldheeres gegen den Generalquartiermeister Groener, und das Wolffsche Bureau verbreitete daraufhin eine Erklärung der Regierung, daß dort von einem derartigen Schritt nichts bekannt sei. Die „Freiheit" druckt nun den Protest des Soldatenrates in seinem größten Teil im Wortlaut ab. Danach hat sich die Beschwerde des Soldatenrates in der Hauptsache um den neuesten Aufruf des Generalfeldmarschalls von Hindenburg gedreht, von dem der Soldatenrat befürchtet, daß er wie neuer Zündstoff wirken müßte. Er verlangt daher, daß in Zukunft derartige Veröffentlichungen vom Soldatenrat gegengezeichnet werden müßten. Darüber ist es zu einer Besprechung mit General Groener gekommen, über deren Ergebnis in dem Protest gesagt wird: „Noch bevor wir uns ausgesprochen hatten, rühr uns Exzellenz ins Wort und erklärte: „Für die Oberste Heeresleitung bürgen nur der Generalfeldmarschall und ich. Und niemand anders. Unsere Namen sind dem deutschen Volke wohl bekannt. Einer anderen Bürgschaft bedarf es nicht. Ich lehne daher auch ganz entschieden eine andere Bürgschaft ab. Für unser Tun sind wir nur der Reichsregierung gegenüber verantwortlich, und mit dieser stehen wir in enger Fühlung." Auf diese bestimmte und schroffe Erklärung hin erhoben sich die Mitglieder des Soldatenrates und erklärten eine Fortsetzung der Unterredung für zwecklos, haben dann nachher aber doch weiter verhandelt! Im weiteren Verlauf des Gespräches ist General Groener mit großer Wärme für den Erlaß des Feldmarschalls eingetreten. „Der Offizier hat auch seine Ehre, und die gegenwärtigen Angriffe auf diesen Stand sind durch nichts begründet. Es darf auch nicht weiter auf den Offizieren herumgetrampelt werden. Es ist die höchste Zeit, daß wir für unsere Offiziere eintreten." Der Soldatenrat gab demgegenüber zu erkennen, daß er in diesem Aufrufe eine ungeheure Gefahr erblicke, da viele Offiziere mehr hineinlesen, als — vielleicht — vom Verfasser beabsichtigt sei.

Der Soldatenrat hat sich deshalb beschwerdeführend an die Reichsregierung gewendet, auch wegen des „höchst unangebrachten, nicht immer sachlichen Tones", den General Groener anschlug. Er verlangte von der Reichsregierung, daß sie entschiedene Verwahrung gegen eine derartige Behandlung einlegt und kommt zu dem Ergebnis, „um einen offenen Konflikt zwischen dem Soldatenrat des Feldheeres und der Obersten Heeresleitung, der von großen Folgen begleitet sein würde, zu vermeiden, bitten wir die Reichsregierung um sofortige Stellungnahme zu der hier aufgeworfenen Frage und um sofortigen Drahtbescheid". Die „Freiheit" deutet an, daß dieses Protestschreiben, das am 24. Dezember an die Reichsregierung abging, am 28. Dezember dem Rate der Volksbeauftragten von Ebert nicht vorgelegt, also unterschlagen sei und glaubt, daß es zweifellos auf die Beschlüsse des Zentralrates nicht ohne Einfluß geblieben sei. Inzwischen ist ein Vertreter des Soldatenrates der Obersten Heeresleitung bei der Reichsregierung persönlich vorstellig geworden.

Heeresgut ist Reichsgut

Gib heraus, was nicht Dir gehört.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 66.

Eine blutige Silvesternacht.

Verhaftungen in München.

München, 3. Januar. In der Silvesternacht kam es hier in einzelnen Lokalen zu ernsten Exzessen. Der von schwersten Folgen begleitete fand im katholischen Kasino statt, wo Soldaten, Matrosen und Zivilpersonen sich zu einem Tanzfest vereinigt hatten. Als diese um 2 Uhr auf Drängen des Wirtes wegen der auf 1 Uhr festgesetzten Polizeistunde das Lokal zu verlassen sich weigerten, rief der Wirt die Polizei zu Hilfe, die mit militärischen Bewachungsmannschaften das Lokal räumen wollte. Es kam zu einem regelrechten Kampfe zwischen den Gästen und der Polizei, die der Uebermacht weichen mußte und sofort die republikanische Schutzwache zu Hilfe rief, die mit Maschinengewehren anrückte. Im Kampfe zwischen der Schutzwache und den Gästen wurden sieben Personen schwer und ungefähr dreißig leichter verletzt. Auch im Hotel Reichskanzler kam es zu schweren Ausschreitungen und mehreren Verletzungen infolge Nichteinhaltens der Polizeistunde. Von Nojenheim in Bayern ist die Münchener republikanische Volkswache ebenfalls telephonisch um Hilfe gebeten worden.

Ueber neue Verhaftungen berichtet die „München-Augsburger Abendzeitung": Am Abend des Neujahrstages wurde uns von Soldaten mit den heftigsten Drohungen gegen die derzeitigen Machthaber berichtet, daß der gesamte Feldsoldatenrat des Infanterie-Leibregiments, ferner Oberst von Epp, sowie zwei weitere Offiziere des Regiments auf Befehl Eisners verhaftet worden sind. Die beiden Offiziere seien dem Militärgericht überwiesen worden.

Amerikanischer Roggen für Deutschland.

Amsterdam, 2. Januar. Nach hier eingetroffenen Konsulatsberichten aus Newyork wird in den maßgebenden Fachkreisen der Vereinigten Staaten ernsthaft mit einer beschleunigten Aufnahme der Getreidelieferungen für Deutschland und die Gebiete der früheren Donau-Monarchie gerechnet. Für die Ausfuhr nach Deutschland wird aber trotz der enormen Vorräte in Weizen in erster Linie Roggen bereitgestellt, da im letzten Jahre in Amerika viel mehr Roggen angebaut wurde als in früheren Jahren. Von den amerikanischen Getreidehändlern sind schon seit Anfang Dezember alle Vorbereitungen für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland im Gange. Das einzig wirkliche Hindernis für eine ausgiebige Belieferung des deutschen Volkes mit Brotgetreide bildet der Mangel an Schiffsraum. Auch von den Weizenvorräten kommen für die Lieferung im Frühjahre große Vorräte in Betracht.

Der Berner Vertreter der „Zürcher Morgenztg." erfährt von unterrichteten Kreisen, daß die Vereinigten Staaten die Oeffnung der in Frankreich befindlichen großen amerikanischen Vorratslager für Deutsch-Oesterreich und alsdann für das Deutsche Reich beabsichtige.

Ein neuer Entente-Gewaltakt.

Berlin, 2. Januar. Mit dem Beginn des neuen Jahres hat die Entente, vom übrigen Deutschland wenig bemerkt, ihren zahlreichen Verletzungen des Waffenstillstandsvertrages die Krone aufgesetzt. Sie hat die gesamten Rheinlande gegen Deutschland hermetisch abgeschlossen. Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein oder aus ihm heraus. Kein Fuhrwerk darf mehr den Rhein passieren. Auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten

Aufteilung der deutschen U-Boote.

Berlin, 3. Januar. Der „Lok.-Anz." meldet aus dem Haag: Die Alliierten haben beschlossen, die 114 von Deutschland gelieferten U-Boote unter sich zu teilen. England erhält 78, Frankreich 15, Italien 10, Japan 7 und Amerika 4 Boote. Letztere sind bereits nach den Vereinigten Staaten abgegangen.

Die englischen Wahlen.

Zürich, 3. Januar. Die Pariser Presse ist von dem englischen Wahlergebnis sehr befriedigt. Lloyd George könne nunmehr mit vermehrtem Prestige seine Forderungen auf der Friedenskonferenz durchsetzen.

Kein türkischer Staatsbankrott.

Zürich, 3. Januar. Die „Zür. Morgenztg." erfährt aus Bern: Der türkische Gesandte teilte auf Anfrage mit, er habe keinerlei amtliche Nachricht erhalten, welche die Absicht der türkischen Regierung, ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachzukommen, vermuten lasse. Er dementiere daher alle diesbezüglichen Meldungen, die in letzter Zeit in der internationalen Presse auftauchten.

Holland und der Scheldeverkehr.

Amsterdam, 2. Januar. Ueber das von der britischen und anderen Regierungen an Holland gerichtete Verlangen, ihnen zur Benutzung der niederländischen Eisenbahnen und Wasserwege dieselben Erleichterungen zu gewähren wie die kürzlich Deutschland gewährten, erfährt Reuter noch, die niederländische Regierung habe geantwortet, sie betrachte den Durchzug der Deutschen nicht als Präzedenzfall. Reuter bestätigt jetzt, daß die holländische Regierung erklärt habe, der normale Verkehr auf den niederländischen Flüssen könne wieder aufgenommen werden, und es seien gegen eine Güterbördderung über Schelde und Rhein keine Einwendungen zu machen, vorausgesetzt, daß sie unter der Handelsflagge erfolgt.

Der Ort der Nationalversammlung.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich an maßgebender Stelle erfahre, kann vorläufig über den Ort, an dem die Nationalversammlung stattfinden soll, nur soviel gesagt werden, daß besonders jetzt, nach dem Austritt der Unabhängigen aus der Regierung, die Reichsleitung alles daransetzen wird, die Nationalversammlung nach Berlin einzuberufen. Nur im äußersten Notfall wird man auf Frankfurt oder Weimar als Versammlungsort zurückgreifen. Es besteht die Meinung, daß ein geordneter Geschäftsbetrieb und parlamentarische positive Arbeit, wie sie die Nationalversammlung leisten müßte, seitens der in Frage kommenden Behörden, der Reichskanzlei, der Bundeskanzlei und des Auswärtigen Amtes nur geleistet werden kann, wenn der Versammlung der dazu nötige umfangreiche Apparat an Akten, Referenten und geschultem Personal ständig zur Verfügung steht. Eine Verlegung der Versammlung nach einem anderen Orte ist, abgesehen von den Schwierigkeiten, die allein eine Beförderung des nötigen Aktenmaterials mit sich bringt, schon deswegen nicht angebracht, weil die Spartakusgruppe die Abwesenheit der Reichsleitung und sonstigen führenden Persönlichkeiten zweifelsohne zu neuen Putschversuchen, besonders auf die Reichskanzlei, benutzen würde. Wird die Nationalversammlung in einer anderen Stadt als in Berlin abgehalten, so wird sie dort bei dem Fehlen aller Hilfsmittel reguläre Arbeit nicht leisten können und lediglich dem Namen nach Konstituante sein.

Los von Preußen!

Unser Berliner Vertreter erhält aus Köln folgende zuverlässige Mitteilung:

Der Streit der Meinungen über das künftige Schicksal der Rheinlande hat immer schärfere Formen angenommen. Die Möglichkeit des Zustandekommens einer Rheinischen oder Rheinisch-Westfälischen Republik außerhalb einer bundesstaatlichen Zugehörigkeit zu Deutschland ist heute nicht mehr zu leugnen. Man muß jeden Optimismus, Preußen ferner die Rheinlande zu erhalten, bei Seite lassen. Hat schon die ständige Verletzung und eigenmächtige Auslegung des Waffenstillstandsabkommens durch Frankreich, das die offensichtliche Verhöhnung deutscher Ohnmacht betreibt, gezeigt, wie sehr von seinen Dispositionen besonders das links- und rechtsrheinische Wirtschaftsleben, Handel und Industrie in diesen Gebieten abhängen, so wird die im Bunde mit England als spiritus rector beschlossene, heute vielleicht schon teilweise durchgeführte hermetische Abschließung nach Westen der Reichsleitung die Augen geöffnet haben. Frankreichs Maßnahmen laufen nicht nur darauf hinaus, sich, natürlich immer als Trabant Englands, der Industrie- und Kohlengebiete rechts des Rheines zu bemächtigen, sondern durch Zwang und unter Zuhilfenahme einer geschickten Propaganda den Rheinbund seligen Gedenkens nur neuen Stils zu organisieren. Diese Absicht durchzuführen, erfährt durch die Absperrung des Westens nach Osten hin eine nicht zu verkennende Erleichterung.

Kölner maßgebende Kreise meinen zwar, daß die in Berlin vorgeschlagene Trennung von Staat und Kirche das protestantische Bekenntnis der katholischen Kreise im Kerne nicht zu treffen vermochte, da sie bei einem Anschluß an Frankreich in dieser Frage vor einer vollendeten Tatsache stehen würden, die von Adolf Hoffmann beabsichtigte Vergewaltigung der Kirche aber die Schar der Anhänger der Parole „Los von Preußen" stark vermehrt hat. Von Berlin und Preußen hat man übergenug. Preußischen Sonderinteressen will man nicht mehr dienen. Man will zwar in diesen Kreisen, für welche die französische Regierung ein zuverlässiges, bald näher bekanntwerdendes Lockmittel zur Hand hat, keinen Anschluß an Frankreich, sondern befürwortet die Gründung einer rheinischen Republik im Rahmen einer bundesstaatlichen Verfassung. Würde sie letzten Endes den Zerfall des Reiches ganz in Frage stellen, würde man lieber noch, statt den französischen Untertan zu spielen, im Rheinlande als in einem englischen Kondominium leben.

Das sind die bitteren Früchte des werdenden sozialistischen Klassenstaates.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190104-15/fragment/page=0002

Die durch Ludendorff „überraschte" Reichsregierung?

Den „L. N. N." wird aus durchaus glaubwürdiger Quelle versichert, Ludendorff habe schon unterm 2. Juni, als wir wieder im Marnetal standen, an vertraute Reichstagsmitglieder den Wink gegeben: „Wir stehen jetzt auf der Höhe unserer militärischen Erfolge. Ob die nächste Offensive gelingt, weiß ich nicht. Es ist aber zweifelhaft, da die Voraussagen des Admiralstabes über das Eintreffen der Amerikaner uns im Stiche lassen. Es ist jetzt an der Zeit, zum Frieden zu gelangen. Es empfiehlt sich, auf die westlichen Kriegsziele zu verzichten und zu versuchen, im Osten zu halten, was zu halten ist." Im August hat dann Ludendorff eine weitere Botschaft geschickt des Inhalts: „Wir können den Krieg nur noch hinhalten, aber nicht mehr gewinnen. Sorgen Sie für Frieden."

Es stimmt mithin nicht, daß Reichstag und Regierung so ahnungslos gewesen seien, als ihnen anfangs Oktober das Telegramm Ludendorffs zugieng, das angeblich schleunigen Frieden um jeden Preis forderte. Die Heeresleitung hatte die Reichsregierung schon im Frühsommer auf das heraufziehende Verhängnis aufmerksam gemacht. Die politische Liquidation des Krieges war Aufgabe der Reichsleitung. Aber, so sagen die „L. N. N.", die Reichsleitung hat von Anfang des Krieges an den Fehler gemacht, daß sie der „Politik mit anderen Mitteln", die die Heeresleitung zu treiben hatte, keine gleichwertige Politik mit ihren Mitteln beizugesellen vermochte. Das war unter Bethmann so, das ist unter Hertling noch schlimmer geworden. Was hat das Kabinett getan, um dieser Aufgabe gerecht zu werden? Einzelne seiner Mitglieder haben Reden gehalten, von denen wir heute annehmen dürfen, daß sie jenem Zweck dienen sollten. Aber von einer Regierung, die glaubt, mit Reden, im Parlament oder zum Fenster hinaus das ungeheure Werk der Liquidation des Krieges zwingen zu können, muß schon gesagt werden, daß sie von der Bedeutung der Ludendorffschen Winke keine auch nur entfernt angemessene Vorstellung hatte.

Aus Stadt und Umgebung

Versammlung der Deutsch-Nationalen Volkspartei.

Am nächsten Sonntag ½12 Uhr vormittags veranstaltet die Kreisgruppe Merseburg der Deutsch-Nationalen Volkspartei eine öffentliche Versammlung im neuen Schützenhause. Die Versammlung verspricht einen äußerst interessanten Verlauf zu nehmen, da als Redner zwei Herren gewonnen sind, die im öffentlichen Leben Berlins, speziell durch ihre politische Betätigung einen glänzenden Ruf haben, nämlich der Hofprediger Lic. Döring und der Schriftsteller Diete. Ersterer wird sich vorzugsweise an die deutsche Frauenwelt wenden, der in der neuen Zeit bekanntlich auch im politischen Leben neue, wichtige Aufgaben zugefallen sind. Die Veranstaltung am Sonntag dürfte demnach sich eines besonders regen Besuchs erfreuen und allen Teilnehmern wertvolle Anregungen und nützliche Belehrungen geben.

Hohe Belohnung.

In der Nacht vom 1. zum 2. Januar ist in die Lutherhalle zu Wittenberg eingebrochen und eine große Menge von Münzen, Spottmünzen, Luthermünzen und Gedächtnistalern und wertvollen Büchern gestohlen worden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf weit über 100 000 Mk. Namens des Vorstandes der Lutherhalle von Wittenberg setzt der hiesige Regierungspräsident für das Ergreifen der Täter, so daß die gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, eine Belohnung von 1000 Mk. aus. Für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Gegenstände setzt der Regierungspräsident eine Belohnung bis zu 3000 Mk. ge. nach dem Werte des Wiederherbeigeschafften aus.

Drei neue Zugpaare zwischen Halle und Merseburg.

Die Eisenbahndirektion Halle teilt uns folgendes mit: Die an der Strecke Merseburg—Mücheln gelegenen Kohlengruben arbeiten in 3 Schichten von je achtstündiger Dauer, und zwar von 6 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags, 2 bis 10 Uhr nachmittags und 10 Uhr nachmittags bis 6 Uhr früh. Um den in Halle und Umgegend wohnhaften Arbeitern lohnende Beschäftigung in den Gruben zu ermöglichen, hat sich die Eisenbahnverwaltung trotz der gegenwärtigen schwierigen Betriebslage entschlossen, von Montag, den 6. Januar d. J., ab drei neue Zugpaare zwischen Halle und Merseburg einzulegen und unter Zusammenschluß mit den Zügen der Strecke Merseburg—Mücheln durchgehenden Personenzugbetrieb zwischen Halle und Merseburg einzurichten, der obigen Arbeitsschichten angepaßt ist.

Der Fahrplan gestaltet sich für die Schichtarbeiter wie folgt:

Zur Fahrt in die Frühschicht: Zug 2062 Halle ab 4.30, Mücheln an 5.44. Zur Fahrt in die Nachmittagsschicht: Zug 2068 Halle ab 12.30, Mücheln an 1.44. Zur Fahrt in die Nachtschicht: Zug 2072 Halle ab 8.30, Mücheln an 9.44. Zur Rückkehr aus der Nachtschicht: Zug 2063/347 Mücheln ab 6.25, Halle an 7.43. Zur Rückkehr aus der Frühschicht: Zug 2069/335 Mücheln ab 2.32, Halle an 3.32. Zur Rückkehr aus der Nachmittagsschicht: Zug 2077 Mücheln ab 10.20, Halle an 11.34.

Für die Beamten und für die Tagesarbeiter bestehen Werktags folgende Verbindungen:

Zug 822/2064 Halle ab 7.45, Mücheln an 8.54. Zug 2071 Mücheln ab 6.00, Halle an 7.02.

Bei den Zugverbindungen 2063/347, 2069/335 und 822/2064 muß in Merseburg umgestiegen werden. Die übrigen Züge fahren bis und von Mücheln durch.

Gefährdete Kohlenversorgung!

Der Grubenvorstand der Braunkohlenwerke der Michel-Gruppe, d. h. der Gewerkschaften Michel, Vesta, Leonhardt und Gute Hoffnung, die mit ihrer bedeutenden Produktion an Briketts im Geiseltal bei Merseburg liegen, beabsichtigen, wie es heißt, auf Grund der, infolge des starken Produktionsrückganges bei gleichzeitigen Lohnerhöhungen, ungünstigen Betriebsergebnisse der Monate November und Dezember, sowie der durchaus unübersehbaren Zukunft die Ausbeuten einzustellen. Auch die übrigen Werke stehen vor der gleichen Zwangslage.

Frei willige für die 10. Armee!

Laut Bekanntmachung in heutiger Nummer sucht das Armeeoberkommando der 10. Armee Freiwillige, um die Heimkehr der Truppen der Heeresgruppe Kiew, sowie der 8. Armee sichern zu können.

Pferdeversteigerung.

Das Garnisonkommando Halle teilt im Inseratenteil heutiger Nummer mit, daß am 7. Januar in Halle gegen 300 Militärpferde meistbietend versteigert werden.

Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer am Domgymnasium.

Laut Bekanntmachung in heutiger Nummer findet am Domgymnasium ein Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer, die sich auf die Reifeprüfung vorbereiten wollen, statt.

Zur Steuerung der Kohlennot.

Das Dreschen mittels elektrischen Stromes wird laut amtlicher Bekanntmachung in heutiger Nummer von 5—8 Uhr morgens und von 4—8 Uhr nachmittags bis auf weiteres verboten.

Grützwurstverkauf.

Am 4. Januar findet laut Bekanntmachung in heutiger Nummer Grützwurstverkauf in den in der Bekanntmachung bezeichneten Verkaufsstellen statt.

Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf.

Wie das städtische Lebensmittelamt in heutiger Nummer mitteilt, findet am 4. Januar Rohfleisch- und Fleischwaren-Verkauf statt.

Neue Maßnahmen des Reichsernährungsamtes auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung.

Noch immer werden Klagen laut, daß innerhalb einzelner Bezirke erhebliche Mengen Kartoffeln bisher nicht abgeerntet worden sind. Das Reichsernährungsamt hat daher die Kommunalverbände angewiesen, von den ihnen nach der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 zustehenden Zwangsmitteln nachdrücklichst Gebrauch zu machen und die sofortige Aberntung der Kartoffelfelder anzuordnen. Dabei sind die Kommunalverbände ersucht, einem etwaigen Arbeitsmangel durch Einstellung von Arbeitskräften auf Kosten säumiger Landwirte zu begegnen.

Zur Verstärkung der Speisekartoffellieferungen hat ferner der Staatssekretär des Reichsernährungsamts einen nochmaligen Eingriff in die Brennkartoffeln um weitere 25 Prozent angeordnet, es sind hiernach, soweit nicht für einzelne Gebiete bereits weitergehende Beschränkungen zugelassen sind, den Landwirten nur so viel Kartoffeln zum Brennen zu belassen, als 22,5 Prozent des allgemeinen 100proz. Durchschnittsbrandes entspricht. Eine weitere Einschränkung war mit Rücksicht darauf, daß für industrielle Zwecke erhebliche Mengen Spiritus benötigt werden, nicht möglich. Für Trinkzwecke wird Spiritus bekanntlich überhaupt nicht freigegeben. Die Kommunalverbände haben die Anweisung erhalten, die durch den neuen Eingriff freiwerdenden Mengen schnellstens für Speisekartoffellieferungen in Anspruch zu nehmen und nur in dringenden Notfällen, in denen andernfalls infolge des Fortfalls der Schlempe die Ernährung des Viehstapels und damit die Weiterführung der Wirtschaft in Frage gestellt wäre, Ausnahmen zuzulassen.

Eine vermehrte Begründung von „Evangelischen Frauenhilfen"

macht das Magdeburger Konsistorium den Pfarrern der Provinz Sachsen zur dringlichen Pflicht, wo sie noch nicht vorhanden sind, im Blick auf die bevorstehenden Wandlungen im Verhältnis von Staat und Kirche. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Nationalversammlung und für die Zukunft der evangelischen Kirche sei es von höchster Bedeutung, daß die evangelischen Frauen nach Möglichkeit in Vereinen gesammelt werden, damit sie für die Aufgaben der Kirche kraftvoll eintreten können. Grundsätzlich sei zu erstreben, daß in jedem Kirchspiel eine Frauenhilfe oder eine in ihrem Sinn wirkende Frauenvereinigung besteht, die dem kirchlichen Leben Rückhalt und Förderung gewährt. Innerhalb vier Wochen ist durch die Superintendentur darüber zu berichten, welche Einrichtungen in dieser Beziehung bereits bestehen oder neugeschaffen sind.

Wähler und Wählerinnen,

die ihr deutsch denkt und fühlt,

:: schließt euch der ::

deutsch-nationalen Volkspartei an

Geschäftsstelle Merseburg,

Poststraße 14.

Absatz von Dörrobst.

Bisher war der Absatz von Dörrobst nur an die Stellvertretende Intendantur des 9. Armeekorps in Altona und an die Zentrale für die Beschaffung der Verpflegung der Marine in Berlin gestattet. Infolge der Demobilmachung ist der Bedarf an Dörrobst des Heeres und der Marine kein großer mehr. Die noch vorhandenen und erfaßbaren Bestände an Dörrobst sollen nunmehr für die Kommunalverbände sichergestellt werden. Das Dörrobst soll dann von diesen auf Lebensmittelkarten verkauft werden. Die Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen hat eine dementsprechende Bekanntmachung vom 20. Dezember 1918 im „Reichsanzeiger" Nr. 302 erlassen.

Eingesandt.

(Ohne Verantwortung der Redaktion.)

Zur Einziehung der Privatwaffen.

Im Anschluß an den Artikel aus Halle a. S. in Nr. 305 unseres Blattes betr. Waffenablieferung geht uns aus unserem Leserkreise eine Zuschrift zu, in der darauf hingewiesen wird, daß die hier in Merseburg anscheinend ebenfalls unberechtigterweise eingezogenen Privatwaffen, die zum Teil aus modernste Sportwaffen sehr hohe Werte repräsentieren und für deren sachgemäße Behandlung kaum eine Gewähr geleistet werden dürfte, wieder den Besitzern zurückerstattet werden müßten.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Plündernde Soldaten.

Weißenfels, 2. Januar. Ein Posten der Sicherheitskompagnie verhaftete den Vizefeldwebel Krüger (Inf.-Regt. 93) und den Soldat Krüger (Inf.-Regt. 93), die auf dem Güterbahnhof beim Plündern eines Güterwagens ertappt wurden. Die Plünderer wurden dem Gericht des Garnisonkommandos zur Aburteilung zugeführt.

Der Soldatenrat der Unteroffizierschule.

Weißenfels, 2. Januar. Die Unteroffizierschule gibt bekannt: Auf Veranlassung der Inspektion der Infanterieschulen Berlin hat die hiesige Unteroffizierschule seit dem 23. Dezember 1918 einen eigenen Soldatenrat. Derselbe steht auf denselben Grundlagen der Arbeiter- und Soldatenräte und arbeitet im Einverständnis mit denselben. Die Mitglieder des S.-Rates der Unteroffizierschule tragen eine schwarz-rot-goldene Binde, die Vertrauensmänner der einzelnen Kompagnien schwarz-rot-gelb.

Aus Provinz und Reich

Vom Dorf zur Stadt.

Leopoldshall, 2. Januar. Der Gemeinderat genehmigte den Antrag des Bürgermeisters, durch Vermittlung der Kreisdirektion bei dem anhaltischen Staatsrat eventl. bei der anhaltischen Landesversammlung die Erhebung der Dorfgemeinde zur Stadt zu erbitten. Leopoldshall ist mit seiner über 7000 Seelen zählenden Bevölkerung die größte anhaltische Dorfgemeinde.

General v. Lequis' Wohnsitz.

Cöthen, 2. Januar. General v. Lequis, der bisherige Kommandeur der Berliner regierungstreuen Truppen, wird wieder nach Cöthen übersiedeln, wo er sich schon einmal einige Zeit aufhielt. Als ehemaliger Gouverneur von Metz dürfte er wieder die Leitung des hier untergebrachten Gouvernements Metz übernehmen.

Umfangreiche Fabrikbauten.

Rudolstadt, 1. Januar. Der Stadtrat hat nach langwierigen Verhandlungen einen Vertrag zum Abschluß gebracht. Im Osten der Stadt wurde ein dem neuen Güterbahnhof gegenüber gelegenes etwa 28 000 Quadratmeter großes Gelände an die zurzeit noch in Berlin-Schöneberg ansässige Maschinenfabrik „Atlantawerk" verkauft. Diese Firma beabsichtigt auf dem von ihr erworbenen Grundstück umfangreiche Fabrikbauten zu errichten und ihren ganzen Betrieb nach hier zu verlegen. Man rechnet damit, daß der Betrieb 300—400 Personen beschäftigen wird.

Im Spiel erschossen.

Erfurt, 1. Januar. Bei einer Spielerei mit einer Armeepistole wurde ein 14 Jahre altes Mädchen erschossen. Es spielte gemeinschaftlich mit einem 13jährigen Knaben mit einer in der Schlafstube hängenden Armeepistole, die geladen war, ohne daß die Kinder es wußten. Als der Knabe die Pistole in der Hand hielt, ging ein Schuß los, der das vor ihm stehende Mädchen so unglücklich in den Kopf traf, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Für die alte Fahne!

Gotha, 1. Januar. Der Einzug des Inf.-Rgts. 371. 2. Bataillon, der am Sonntag hier erfolgte, gestaltete ohne besondere Feierlichkeiten. Dazu teilt der Kommandeur mit: „Um erhobenen Vorwürfen entgegenzutreten, erklärt das 2. Bataillon Inf.-Regt. 371, daß es auf einen feierlichen Empfang verzichtet hat, um nicht Gefahr zu laufen, unter anderen Farben einrücken zu müssen, als unter denen, für die es 4½ Jahr gekämpft und geblutet hat."

Wettervoraussage

Sonnabend, 4. Januar. Noch keine Witterungsänderung.

Letzte Depeschen

Ein tschecho-slowakischer Aktionsplan.

Berlin, 3. Januar. Der „Voss. Ztg." meldet ihr Wiener Korrespondent: Von einer Seite, die ich für zuverlässig halte, geht mir die Mitteilung zu, daß dem deutsch-österreichischen Staatsamt für Heerweisen ein von den Ententestaaten gebilligter Aktionsplan der tschecho-slowakischen Wehrmacht bekannt wurde, nach dem, um den Ring um Deutsch-Oesterreich fester zu ziehen, nach Preßburg jetzt auch Bruck a. d. Leitha und Oedenburg besetzt und damit alle Verbindungen Deutsch-Oesterreichs mit der ungarischen Republik unterbunden bezw. unter tschechische Kontrolle gestellt werden sollen. Der Aktionsplan enthält angeblich noch weit darüber hinausgehende Ziele. Es soll darin u. a. dem Slawismus ein von Danzig zur Idria führender freier Weg gesichert werden.

Preßburg von den Tschechen besetzt.

Wien, 3. Januar. Wie das ungarische Kriegsministerium meldet, ist Preßburg gestern abend von etwa 4000 Mann tschechischen Truppen besetzt worden. Ihr Kommandant ist ein italienischer Oberst. Die tschechischen Truppen tragen italienische Uniformen, ebenso die Offiziere.

Nakel von den Polen erstürmt.

Bromberg, 3. Januar. Die Verpflegungsstation Nakel, die westlich von Bromberg liegt, ist, wie wir hören, von den Polen erstürmt worden. Bentschen und Schneidemühl erwarten in allernächster Zeit den Einbruch der Polen.

Die deutschen Finanzminister.

Berlin, 3. Januar. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwebenden Finanzfragen auf Freitag, den 10. Januar, in das Reichsschatzamt eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, die Aufgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

Die kraftloseste aller Regierungen.

Stuttgart, 3. Januar. Vizekanzler a. D. Payer äußerte sich über die Berliner Regierung wie folgt: Ob mit dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Reichsregierung der Sieg der Regierung feststellt sei, müsse erst noch entschieden werden. Es frage sich, ob bei der Streikbewegung in den Kohlengebieten nicht auch bolschewistisches Geld eine Rolle gespielt habe. Vielleicht sei es gut, wenn die Sozialdemokratie jetzt erfahre, daß es leichter sei, zu kritisieren, als zu regieren, nachdem die Sozialdemokraten alle Regierungen mit dem Vorwurf der Kraftlosigkeit und Energielosigkeit belastet haben. So kraftlos wie die gegenwärtige sozialdemokratische Regierung in der letzten Zeit sei aber doch noch nie eine Regierung in Deutschland gewesen. Bankrott werde Deutschland nicht; wir werden mit einem ehrlichen Namen auch aus diesen Schwierigkeiten herausgehen, aber bettelarm.

Ministerkrise in Braunschweig.

Braunschweig, 3. Januar. Die gestrige Sitzung des in Braunschweig regierenden A.- und S.-Rats nahm einen außerordentlich bewegten Verlauf und endete abends mit einer schweren Regierungskrisis. Zur Beratung stand ein Antrag über die Einberufung des Landtages und eine Denkschrift über ein Arbeits- und Regierungsprogramm. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt, als ein Antrag des Präsidenten der Republik Braunschweig mit 24 gegen 20 Stimmen zur Annahme gelangte, wonach nach teilweiser Beratung die ganze Denkschrift als unzweckmäßig abgelehnt und dafür eine neue gemeinsame Denkschrift des Präsidenten und sämtlicher Volkskommissare gefordert wurde. In dieser Abstimmung erblickten die fünf Volkskommissare ein Mißtrauensvotum, und sie erklärten sofort gemeinsam ihren Rücktritt, den sie damit begründeten, daß die bisherige Wirtschaft nicht weitergehen und sie dafür die Verantwortung nicht länger tragen könnten. Der Arbeiter- und Soldatenrat will die Demission nicht annehmen, um so weniger, als er zurzeit gar nicht in der Lage ist, aus seinen Reihen geeignete Staatsmänner zu stellen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190104-15/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen

Oeffentliche Bekanntmachung.

Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1919.

Auf Grund des § 25 des Einkommensteuergesetzes wird hiermit jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagte Steuerpflichtige im Kreise Merseburg aufgefordert, die Steuererklärung über sein Jahreseinkommen nach dem vorgeschriebenen Formular in der Zeit vom 4. bis einschließlich 20. Januar 1919 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die oben bezeichneten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular gar nicht zugegangen ist. Auf Verlangen werden die vorgeschriebenen Formulare im Steuerbüro hierselbst, Domstraße 4, Seitengebäude, kostenlos verabfolgt.

Die Einsendung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten werktäglich vormittags 9 bis 12 Uhr, Steuerbüro, Domstr. 4, Seitengebäude, zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, hat gemäß § 31 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes neben der im Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren endgültig festgestellten Steuer einen Zuschlag von 5 Prozent zu derselben zu entrichten.

Wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschweigung von Einkommen in der Steuererklärung sind im § 72 des Einkommensteuergesetzes mit Strafe bedroht.

Gemäß § 71 des Einkommensteuergesetzes wird von Mitgliedern einer in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung derjenige Teil der auf sie veranlagten Einkommensteuer nicht erhoben, welcher auf Gewinnanteile der Gesellschaft mit beschränkter Haftung entfällt. Diese Vorschrift findet aber nur auf solche Steuerpflichtige Anwendung, welche eine Steuererklärung abgeben und in dieser den von ihnen empfangenen Geschäftsgewinn besonders bezeichnet haben. Daher müssen alle Steuerpflichtigen, welche eine Berücksichtigung gemäß § 71 a. a. O. erwarten, mögen sie bereits im Vorjahre nach einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagt gewesen sein oder nicht, binnen der oben bezeichneten Frist eine, die nähere Bezeichnung des empfangenen Geschäftsgewinnes an die Gesellschaft mit beschränkter Haftung enthaltende Steuererklärung einreichen.

Merseburg, den 21. Dezember 1918.

Der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungskommission.

J.-Nr. 425/18 St. I. A.: von Neubaus.

Bekanntmachung
Polizeiverordnung.

Mit Rücksicht auf die vorhandene Kohlennot wird auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 mit Zustimmung des Kreis-Ausschusses für den Umfang des Kreises Merseburg nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Das Dreschen mittels elektrischen Stromes wird in der Zeit von 5 bis 8 Uhr morgens und 4 bis 8 Uhr nachmittags hierdurch bis auf weiteres verboten.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 366,10 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 30 ℳ und im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Sollte trotz dieses Verbotes der Dreschbetrieb während der Sperrstunden in größerem Umfange fortgesetzt werden, so muß eine gänzliche Abschaltung des Stromes für einzelne Tage und einzelne Teile des Leitungsnetzes angeordnet werden. Den Landwirten wird deshalb in ihrem eigenen Interesse die genaue Beachtung dieser Vorschrift dringend empfohlen.

Merseburg, den 30. Dezember 1918.

Der Landrat.
Frhr. von Wilmowski.

Personenzug-Fahrplan.

Von Montag, den 6. Januar d. J. ab werden zur Erleichterung des Arbeiterverkehrs nach und von den Kohlengruben an der Strecke Merseburg—Mücheln die Züge 2062, 2071, 207[illegible] und 2077 zwischen Halle und Merseburg neu vorgesehen und die Züge 2065 und 2068 zwischen Mücheln und Halle wieder eingelegt.

Von genanntem Tage ab wird unter Zusammenschluß mit den Zügen der Strecke Merseburg—Mücheln durchgehender Personenzugbetrieb zwischen Halle und Mücheln eingerichtet.

Der Fahrplan gestaltet sich demgemäß wie folgt:

Zug-Nr. W822	Zug-Nr. W 2062	2066	2068	2074	2072		Zug-Nr. 2063 *	2069 *	347	2065	335	2071	2077
430	745	1230	—	830		ab Halle an	745	1048	332		702		1134
453	806	1253	—	853		an Merseburg ab	718	1019	311	636	641		1108
						ab " an	711	1014	306	631	635		1103
458	815	1258	420	858		an Mücheln ab	625	940	232	600			1022
542	854	144	506	942									

W Werktags. * Zwischen Mücheln u. Merseburg nur Werktags.

Die Züge führen sämtlich 2.—4. Klasse und halten auf allen Stationen. Näheres ist aus den Aushängen auf den Bahnhöfen ersichtlich.

Bei den Zugverbindungen 822/2064, 2063/347 und 2069/335 muß in Merseburg umgestiegen werden, die übrigen Züge fahren bis und von Mücheln durch.

Halle (Saale), 2. Januar 1919.

Eisenbahndirektion Halle.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 4. Januar 1919
bei Hoffmann, Brühl Nr. 6

vorm. von 9—10 Uhr	auf die Ordnungsnummern	3001—3100
" " 10—11	" " " "	3101—3200
nachm. " 2—3	" " " "	3301—3300
" " 3—4	" " " "	3301—3400
" " 4—5	" " " "	3401—3500

bei Möbius, Tiefer Keller Nr. 1

vorm. von 9—10 Uhr	auf die Ordnungsnummern	3501—3600
" " 10—11	" " " "	3601—3700
" " 2—3	" " " "	3701—3800
" " 3—4	" " " "	3801—3900
" " 4—5	" " " "	3901—4000

bei Raundorf, Obere Breitestraße 4

vorm. von 9—10 Uhr	auf die Ordnungsnummern	1— 100
" " 10—11	" " " "	101— 200
" " 11—12	" " " "	201— 300
" " 12—1	" " " "	301— 400
nachm. " 1—2	" " " "	401— 500

statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 3. Januar 1919.

L.-A. I 3/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Statt Karten.

Gestern nachmittag 6 Uhr entschlief sanft unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater, der **Gastwirt**

Albert Kießler

im 82. Lebensjahre.

Dieses zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg (Feldschlößchen), den 3. Januar 1919.

Die Trauerfeier findet Sonntag mittag 1/2 12 Uhr in der Kapelle des Stadtfriedhofes, die Einäscherung in Halle statt.

Bekanntmachung.
2. Pferdeversteigerung für Kriegsbeschädigte und Minderbemittelte.

Am **Dienstag, den 7. Januar 1919, vormittags 9 Uhr** findet in den Stallungen der Landwirtschaftskammer-Halle (Saale), Lutherstraße, die Versteigerung von

ca. 300 Militärpferden

meistbietend gegen Barzahlung statt.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß als Käufer nur solche Personen zugelassen werden, die im Besitz eines von der zuständigen Polizeistelle (Gemeindevorsteher, Landratsamt) ausgestellten Ausweises sind. Die Kriegsbeschädigten haben außerdem nach Möglichkeit Paß oder Rentenquittung mitzubringen. Händlern ist der Besuch der Versteigerung untersagt.

Kriegsanleihe wird bis zur Höhe des Kaufpreises in Zahlung genommen. Ausgenommen von der Annahme ist der laufende Zinsschein der zur Abgabe kommenden Kriegsanleihestücke. Dieser wird dem Käufer belassen. Dafür hat der Käufer Stückzinsen vom Zahlungstage an bis zum Tage der Fälligkeit dieses Scheines zu entrichten.

Zaumzeug ist mitzubringen. Das versteigerte Pferd ist sogleich mitzunehmen.

Garnison-Kommando Halle (Saale).

Durch die Demobilmachung kehren auch unsere Berufsangehörigen heim, gerade zur ungünstigsten Zeit für unser Handwerk. Meine früheren Gehilfen und Mitarbeiter sind in der Mehrzahl bis jetzt ebenfalls zurück und wollen nun arbeiten. Die Aufgabe der Arbeitsbeschaffung ist im Winter schwer zu lösen, und doch muß Arbeit beschafft werden. Während der Kriegsjahre sind sehr viele

Maler- u. Anstreicherarbeiten

zurückgestellt worden. Es ist dringend zu empfehlen, schon jetzt im Winter Arbeiten ausführen zu lassen. Ein großer Teil von Maler- u. Anstreicherarbeiten, insbesondere Kalk- und Leimfarbenanstriche, lassen sich auch im Winter in frostfreien Räumen sehr gut ausführen. Tüchtige Arbeitskräfte stehen zur Verfügung und das zur Verwendung kommende Material ist von guter Beschaffenheit, so daß gute, haltbare Arbeiten geleistet werden können.

Ich bitte, mein Unternehmen mit Aufträgen gefl. zu unterstützen und verspreche, das mir geschenkte Vertrauen durch beste Ausführung der übertragenen Malerarbeiten zu rechtfertigen.

Fa. Paul Weidemann

Maler-Geschäft,

Merseburg, Gr. Ritterstr. 13. **Fernsprecher 331.**

Renovierung von Wohnungen, Treppenhäusern etc. Anstrich von Möbeln. — Schildermalereien.

Kosten-Anschläge ohne Verbindlichkeit!

6 prima schwere starke junge Arbeitspferde

sowie 4 leichtere

sofort wegen Aufgabe der Wirtschaft preiswert zu verkaufen.

Rittergut Wegwitz.

Radfahrer

zum

Ausfahren von Flugblättern aufs Land

gesucht. Zu melden bei

Deutschnationale Volkspartei
Geschäftsstelle: Entenplan 3.

Evgl. Mädchenbund St. Maximi.
Montag abend 8 Uhr:
Leseabend
Mühlstraße 1.

Reinleinen **Näh-Zwirn**
12 Sterne für Mk. 5.40
25 " " " 10.50
in schwarz und weiß, per Post frei Nachnahme liefert
C. A. Reiche. Borna 1
Bez. Leipzig.

Selbstfahrer
unterhalten, Gummibereifung ist wegen Todesfall preiswert zu verkaufen.
Menschau bei Merseburg,
Leipzigerstr. 78b.

Domgymnasium.

Am Domgymnasium wird nach den Weihnachtsferien ein

Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer

eingerichtet, die sich auf die Kriegsreifeprüfung vorbereiten wollen. An Schulgeld sind halbjährlich 75 Mk. zu zahlen, Gebühren für die Reifeprüfung werden nicht erhoben.

Weitere Anmeldungen erbitte ich Sonntag, den 6. Januar, 12—1 Uhr, auf meinem Amtszimmer im Gymnasium.

Merseburg, den 2. Januar 1919.

Dr. Pilling, Gymnasialdirektor.

Grosse wollene
Umschlagtücher
in schweren Qualitäten
vorzüglich geeignet als
Schlaf- u. Reise-Decken
vorrätig in verschiedenen Größen
bei
Otto Dobkowitz.

Grützwurstverkauf am Sonnabend, den 4. Januar 1919.

Verkaufsstelle **Rudolph,** Clobikauerstr. Nr. 6	Nr.	701— 1400
" **Lehmann,** Damm r. Nr. 6	"	4801— 5633
" **Schubert,** Burgstr. Nr. 16	"	10401—11500
	und "	8001— 8200
" **Staake,** Neumarkt Nr. 38	"	12701—13400

auf Nr. 19 der Grützwurstkarte.
Verkaufspreis: 1/2 Pfund = 50 Pfennig.
Merseburg, den 3. Januar 1918.
L.-A. I. /19. Das städtische Lebensmittelamt.

Ein Pferd z. Schlachten
steht zu verkaufen.
Klein-Corbetha,
Gut Nr. 22/23.

1 u. 2 spänner Fuhren
nimmt an
Leunaer Straße 20.

Fuhren aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw. werden besorgt.
Emil Jentsch, Neumarkt 76.

Möbl. Zimmer
für sofort gesucht in der Nähe des Bahnhofes. Gefällige Offerten unter **A 44** an die Exped. dieses Blattes

5 Zimmer-Wohnung
suchen junge Leute mit 1 Kind zum 1. April 19 oder später. Angebote unter **A** an die Exp dieses Blattes.

Wohnung aon 3—5 Zimmern z. 1. April, früher od. später gesucht. Gefl. Angeb. unt **K 20** an d. Geschäftsst d. Bl.

Pferde zum Schlachten
kauft stets
Felix Möbius
Roßschlächterei,
MERSEBURG
Tiefer Keller Nr. 1.
Fernsprecher 583.

Uhr mit Lederarmband
in der Nähe von Zöschen gefunden.
W. Mädicke, Zöschen.

6 schreibgewandte und im Kassenwesen vertraute Leute
werden für das Gefangenenlager hier gesucht. Meldungen bei der Kassen-Verwaltung.
Der Soldatenrat Merseburg.

Sattlerlehrling
sucht per sofort oder Ostern
Bernh. Klein, Schafstädt,
Sattlerei u. Lackieranstalt.

Für meine mechan. Werkstatt stelle ich Ostern 1919 einen
Lehrling
ein.
Max Schneider Mechanikermstr.
Merseburg, Schmalestr. 14.

Hausmädchen
nicht unter 18 Jahren, für bald gesucht. Clobikauerstr. 10.

Saubere, zuverlässige
Aufwartung
für einige Stunden des Tages gesucht. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gebild. junge Dame,
22 Jahr, Erzieherin, wünscht ab 15. 1. Aufn. in feinem Haush. zur Weiterbildung im Kochen usw. Familienanschl. Beding. Angeb. m. Pensionspr. unter **GG** an d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Verantwortliche Redaktion, Politik, Oertl. und prov. Teil: Erich Polckow, Sport: M. Hochheimer, Anzeigen: H. Baltz.
Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190104-15/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 3 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt.

Sonnabend, den 4. Januar 1919.

Politische Rundschau

Geplante Flucht der Regierung?

Von zuverlässiger Seite wird aus Berlin mitgeteilt:

In der Anfrage der unabhängigen Regierungsmitglieder an den Zentralrat war auch erwähnt, daß die Regierung den Plan hatte, ihren Sitz von Berlin nach der Provinz zu verlegen. Wie hierzu von bester Seite versichert wird, haben die Unabhängigen eine flüchtige Unterhaltung, eine unverbindliche Aussprache mit viel „Wenn" und „Aber" reichlich ernst genommen. Die Regierung als solche hat niemals im Ernst daran gedacht, Berlin zu verlassen.

Die deutsche Friedensdelegation.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Wie ich von zuständiger Seite höre, wird die deutsche Friedensdelegation von einem Diplomaten, der genauer Kenner der Westmächte ist (Lichnowsky?) geführt werden. Auch Staatssekretär Erzberger wird ebenso wie die Gesandten von Haniel und Rosen der Delegation angehören. Der frühere Staatssekretär v. Kühlmann, der ebenfalls genannt worden ist, kommt als Unterhändler nicht in Betracht.

Rücktrittsgesuch Eduard Bernsteins.

Berlin, 1. Januar. Nach dem Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes Wurm hat nun auch Eduard Bernstein, der im Reichsschatzamt tätig ist, sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Die Regierung hat ihn gebeten, im Amte zu bleiben. Der „Vorwärts" bemerkt hierzu: „Da Bernstein wieder der Partei beigetreten ist, ist es unerfindlich, warum seine Stellung im Reichsschatzamt durch den Austritt der Unabhängigen aus der Regierung berührt werden sollte. Was aber die noch nicht in die Partei zurückgekehrten Unabhängigen betrifft, so steht grundsätzlich ihrem Weiterarbeiten in Einzelressorts nichts im Wege. Das gilt auch für Karl Kautsky, der gleichfalls sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat."

Die bedrohte sächsische Lausitz.

Dresden, 1. Januar. Auf dringendes Ersuchen der Oberbürgermeister von Bautzen und Zittau hat die sächsische Regierung Truppen in die Lausitz zum Schutze gegen einen Tscheneinfall entsandt. Auch Artillerie ist nach den bedrohten Grenzgegenden geschickt worden. Der kommandierende General des 12. Armeekorps, Götz v. Olenhusen, befindet sich in Zittau.

Erleichterungen für die Wahlen im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 2. Januar. Die „Franks. Ztg." meldet aus Darmstadt vom 1. Januar: „Funkspruch des französischen Armeeoberkommandanten an die hessische Regierung: Gemäß den vom Oberbefehlshaber der alliierten Truppen empfangenen Befehlen werden folgende Erleichterungen gewährt, um den Deutschen zu erlauben, die Wahlen für die Nationalversammlung in dem besetzten Rheinland vorzunehmen:

1. Es werden ohne Einschränkung Berichte erlaubt, welche die Vorbereitungen der Wahlen und die Wahlen selbst betreffen, und welche durch die regelrechten Verwaltungsbehörden ausgefertigt worden sind.
2. Es wird durch die alliierten Truppen die Freiheit der Presse und die Freiheit der Versammlung gewährt, soweit diese sich mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und mit einem vorwurfsfreien Auftreten der Bevölkerung den alliierten Armeen gegenüber verträgt.
3. Der Eintritt in das besetzte Gebiet oder der Austritt nach dem unbesetzten Deutschland kann denjenigen Personen gewährt werden, die von den anerkannten deutschen Verwaltungsbehörden mit einem Gesuch um Ausstellung eines Passes versehen sind. Der Oberbefehlshaber der Armee prüft diese Gesuche, die unter der Adresse des zweiten Büros unterbreitet werden müssen."

Das Telegramm ist unterzeichnet von dem Oberkommandierenden von Mainz General Mangin.

• • •

Knebelung der Türkei.

Zürich, 2. Januar. Von zuverlässiger Seite erfährt die „Züricher Morgenzeitung" aus dem Haag: In politischen Londoner Kreisen verlautet, daß man sich unter den Alliierten auf eine Internationalisierung Konstantinopels und auf eine Kontrolle des türkischen Reichs nach dem Muster von Aegypten unter englischer Führung einigen werde. An den nationalen Einrichtungen wie überhaupt an den innerpolitischen Verhältnissen soll in keiner Form gerüttelt werden. Dem Sultan werden seine Einkünfte unter voller Belassung seiner politischen Stellung nach innen von den englisch-französischen Schutzmächten gewährleistet.

Die Aufgabe der Frauenvereine.

Die Frauenvereine haben überall sowohl ihre Mitglieder wie alle ihnen zugänglichen Frauenkreise für die Wahlbeteiligung vorzubereiten. Sie müssen darauf hinwirken, daß keine Frau der Abstimmung fernbleibt, und daß jede sie mit Verständnis und im Bewußtsein ihrer Verantwortung ausübt. Die Frauenvereine sind besser als die politischen Parteien in der Lage, die Frauen für Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten zu gewinnen. Sie müssen deshalb die Vorarbeit für die Politisierung der Frauen übernehmen.

Die Frauen müssen bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Rahmen der Parteien wählen. Es ist angesichts der politischen Lage unmöglich, daß sie als Frauen, ohne Beziehung zur Partei, nur ihre Frauenvertretung wählen. Eine besondere Frauenliste würde keine Aussicht auf Erfolg haben, da die Sozialdemokratinnen, die Frauen des Zentrums und viele andere unter allen Umständen innerhalb der Partei wählen werden.

Da die Nationalversammlung die Aufgabe hat, über die Verfassung des Reichs zu entscheiden (wie Monarchie und Republik, Wahlrecht und dergleichen) müssen die Frauen bei den Wahlen zu diesen parteipolitischen Fragen Stellung nehmen. Ueber diese gehen die Frauenansichten genau so auseinander, wie die der Männer. Deshalb müssen die Frauen sich vor der Wahl für eine Partei entscheiden und für die Kandidaten (Vorschlagsliste) ihrer Partei stimmen.

Alle Vereine, die Frauen mit verschiedenen politischen Ueberzeugungen umschließen (wie die Vereine der Frauenbewegung, die Berufsverbände, die Vaterländischen Frauenvereine) können nicht als Vereine einer Partei beitreten oder ihre Mitglieder für eine bestimmte Partei gewinnen. Sie müssen ihre politische Neutralität wahren, da sie sonst einen Teil ihrer Mitglieder verlieren und damit ihre eigentlichen Aufgaben, die sie als Frauen auch in der Zukunft gemeinsam lösen müssen, gefährden.

Die Vereine dagegen, die ihre Mitglieder auf Grund eines politischen Bekenntnisses gesammelt haben oder die nur Frauen der gleichen politischen Ansichten umfassen, können für die betreffende Partei wählen.

Eines aber kann von allen Frauenvereinen bei ihrer Aufklärungsarbeit betont werden: daß die Frauen nur hoffen können, ihren Einfluß auszuüben, wenn Ordnung und Freiheit herrscht, daß er niemals unter einer Gewaltherrschaft gedeihen kann.

Die Arbeit der Frauenvereine muß darin bestehen, die Frauen zum Anschluß an die Parteien und zur Ausübung ihres Wahlrechtes vorzubereiten. Diese Werbearbeit muß unter den Frauen aller Schichten in Stadt und Land einsetzen. Es muß durch die Arbeit der Vereine erreicht werden, daß die Aufklärung an jede Frau, in der Enge der Großstadt wie auf dem einsamsten Gehöft, herankommt.

Alle Mitglieder der Vereine, die sich zur Mitarbeit eignen, müssen herangezogen werden zur Verteilung von Flugblättern, Hausbesuchen, schriftlichen Arbeiten, Vorträgen, Veranstaltung von Mütterabenden, Hausfrauenabenden, Unterricht in Jugendvereinen, Abfassung von Zeitungsnotizen und dergleichen.

In den Städten berufen die Vereine am besten Frauenversammlungen ein, in denen die Frauen auf die Pflicht und die Macht, die sie haben, hingewiesen werden.

Die Frauen haben über die Zukunft Deutschlands zu entscheiden! Denn die Zahl der wahlberechtigten Frauen ist mindestens eine Million größer als die der Männer.

Am Schlusse der Versammlung müssen die Frauen aufgefordert werden, sich zur Mitarbeit für eine Partei zu melden, sofern sie schon feste Ueberzeugungen haben. In dem Fall werden ihre Meldungen den betreffenden Parteien übermittelt. Für die anderen Frauen empfiehlt sich zweckmäßig die Einrichtung von Staatsbürgerlichen Klassen, Erörterungsstunden oder Abbs, die regelmäßig einmal wöchentlich stattfinden. Frauen, die zu Versammlungen oder ähnlichen Veranstaltungen nicht kommen, müssen durch Hausbesuche erreicht werden. Das gilt für Stadt und Land.

Ferner empfiehlt es sich, durch die Vereine Auskunftsstellen oder Sprechstunden einzurichten, in denen Frauen Auskunft über die Programme der verschiedenen Parteien, über die Beteiligung an der Werbearbeit, über die Eintragung in die Wählerlisten und dergleichen erteilt wird. Redner für die Versammlungen müssen aus der Nähe beschafft werden, da weitere Reisen zurzeit unmöglich sind.

Die Nationalversammlung wird nur die Verfassung des Deutschen Reiches zu beschließen haben. Frauenforderungen beruflicher oder sozialer Natur kommen daher für die Nationalversammlung nicht in Frage. Jeder Frauenverein möge sich bewußt sein, welche Pflicht ihm in schwerster Notzeit des Vaterlandes auferlegt ist, welche Macht in die Hände seiner Mitglieder gelegt ist, um den Aufbau des Volksstaats zu fördern und zu stützen.

Aus Stadt und Umgebung

Himmelserscheinungen im Januar.

Wenn auch die Sonne zu Anfang des Jahres bereits den Aufstieg zum Himmelsäquator wieder beginnt, indem ihre südliche Abweichung von diesem von 23 auf 17 Grad abnimmt, so pflegt doch erst in diesem Monat der Tiefpunkt der mittleren Jahrestemperatur erreicht zu werden. Der Aufstieg des Tagesgestirns macht sich dagegen in der Zunahme der Tagesdauer um 1¼ Stunden deutlich geltend. Der Zeitpunkt des Sonnenuntergangs verspätet sich vom 1. auf 1¾ Uhr und der des Aufgangs verfrüht sich von 8¾ auf 7¾ Uhr. Der Beginn völliger Dunkelheit tritt anfangs 6 Uhr und gegen Ende um 6½ Uhr abends ein.

Der Mondlauf sei kurz durch die Hauptphasen bezeichnet: Neumond am 2., Erstes Viertel am 9., Vollmond am 16. und Letztes Viertel am 24. Januar. Für die Beobachtung sind die Tage um das Erste Viertel am interessantesten, weil dann die Schatten der Gebirge auf unserem Trabanten am längsten erscheinen. Die Zusammenkünfte mit den großen Planeten finden an folgenden Tagen statt: mit Venus am 3., mit Mars am 4., mit Jupiter am 15., mit Saturn am 18., und mit Merkur am 30. Januar.

Unter den Großen Planeten bereitet uns die Venus die besondere Freude, zu Beginn des Jahres wieder am Abendhimmel aufzutauchen. Sie durchläuft die Sternbilder Schütze und Steinbock. Mars im Steinbock und Wassermann erbleicht dagegen allmählich in der Dämmerung. Jupiter steht am 2. der Sonne gerade gegenüber und ist daher die ganze Nacht sehr gut zu beobachten. Er ist rücklläufig im Bilde der Zwillinge. Auch Saturn wird wieder bequem zugänglich, indem er anfangs gegen 8 Uhr abends und gegen Ende schon von 6 Uhr am östlichen Himmel erscheint. Er steht in der Nähe von Regulus, dem Hauptstern des Großen Löwen. Am Morgenhimmel ist der eilige Merkur in den allerdings recht südlich gelegenen Bildern des Schlangenträgers und Schützen bis Mitte des Monats für das unbewaffnete Auge erreichbar; am 8. findet seine größte westliche Ausweichung von der Sonne statt.

Dassels Verhaftung

Humorist. Berliner Roman von **Friedrich Hey.**

24) (Nachdruck verboten.)

Selbst in solchem Ueberschwange war Max zu ehrlich, ihr zu verheißen, auch den Papa Eduard mit bei sich aufzunehmen. Im Gegenteil: dieser nichtswürdige Alte sollte nur möglichst lange brummen! Da stört er nicht!

„Herr Leutnant, der Herr und die Dame, die schon seit langer Zeit draußen sitzen, können nicht mehr warten," meldete der Wachtmeister pflichtschuldig.

„Himmeldonnerwetter noch einmal, was fällt Ihnen ein, einzutreten, ohne anzuklopfen?"

„Verzeihen Herr Leutnant, ich habe geklopft, aber Herr Leutnant scheinen es nicht gehört zuhaben!"

Als der Wachtmeister kehrt machte, grinte er über das ganze Gesicht. Sieh mal einer an, unser Leutnant — un so'n netter Damenbesuch auf der Wachtstube!

Im nächsten Augenblicke klopfte es schon wieder, und die Tür wurde weit aufgerissen.

Max Lange kannte keine Furcht und glaubte nicht an Gespenster. Ohne weiteres nahm er es mit zwei schweren Jungen auf, ganz egal, ob zu Mittag in einer Raschemme oder beim Glockenschlage Mitternacht auf einem einsamen Kirchhof von Hingerichteten. Aber als er plötzlich seinen künftigen Schwiegervater, den er fest und sicher hinter schwedischen Gardinen wußte, kirschrot vor Zorn auf sich zustürzen sah und die brillantengeschmückte Frau Schwiegermama ihm zaghaft auf dem Fuße folgte, da war es mit seiner Fassung aus.

Dassel hatte sich eine gehörige Rede vorbereitet, und es war kein Wunder, daß dabei sein Gemüt nur noch mehr ins Kochen geraten war. Eitel helle Wut brodelte als Inhalt, und die Zutaten waren Gift und Galle. Er wollte ganz gehörig auftreten und Krach schlagen, zum ersten: daß man ihn, einen achtbaren Bürger, so lange warten ließ, während der Polizeileutnant ein heimliches Stelldichein genießt. Und — mit seiner eigenen Tochter! Ihr scheinbarer Gehorsam war unsame Lüge gewesen, hinter seinem Rücken setzte sie die Liebschaft fort. Und selbst an einem Tage wie diesem! Ha, diese ungeratene Tochter! Ha, dieser unverschämte, erbschleichende Bengel! Der Vater soll ins Gefängnis, die Mutter geht jammernd mit — und solch ein hinterlistiges Geschöpf — soll's der Mensch glauben? — benutzt diese traurige Gelegenheit, in die Stadt zu flitzen, um mit ihrem Hanswurst zu spielen! Sie wußte seine Wache, also war das heute keine Premiere, sondern die soundsoviele Aufführung. Wo hatte sie die Zeit sonst hergenommen? Aha, die Klavierstunden! Bei allem Aerger und Ungemach wenigstens ein Glück, daß der Zufall diese niederträchtige Verschwörung aufdeckte. Und dieser Bursche! Der soll es erst recht büßen! Zum Polizeipräsidenten selbst werde ich gehen und mich beschweren! Weggejagt muß er werden, der Mensch! Anstatt seinen Dienst zu tun, poussiert er und läßt steuerzahlende — hohe Steuer zahlende — Bürger mit dringenden Geschäften unverschämt und rücksichtslos draußen vor der Tür warten bis in die Puppen.

Aber so mußte es ja kommen! Wer hatte die Tochter so miserabel erzogen? Er gewiß nicht. Aber diese ewigen Schwärmereien und Himmeleien, diese Sentimentalitäten zu Hause! Ha, und von wem hatte denn Hilde den Widerspruch gegen seine väterliche Autorität gelernt?

Frau Dassel saß in stummer Ergebenheit und Gebrochenheit neben ihm und schloß die Augen, wegen des entsetzlich beißenden Tabakqualms in dieser Wachtstube. Daher sah sie zum Glücke nicht den Blick, den ihr Eduard zuwarf. Ahnte auch nicht, daß er schon an einer zweiten Rede kochte, an einer häuslichen Anrede und Aussprache, gegen die die erste Balsam und Honig sein sollte.

Mit dem Mut eines Tigers wollte er auf den Jüngling losstürzen.

„Herr, was nehmen Sie sich heraus?" usw. usw.

Na das konnte ja schön werden! Denn als er mit solcher Stimmung in die Vorstandsstube hineingesaust kam und „Herr . . ." donnerte, da erwarteten ihn nicht ein paar Schäfchen, sondern ein Löwe stand neben seinem Lamm. Denn Max Lange war über diese Art des Eintretens ebenfalls in Harnisch geraten. Was fiel diesem Kerl ein, so [illegible]kend und flegelhaft hereinzupoltern und Skandal zu machen? Dieser pflichtgegangene Mensch, dieser faule Schwindler, den sie bis jetzt drüben in Moabit im Treiben gehabt haben und der eben zu später Abendstunde wahrscheinlich gegen Kaution der Verwandten — leider! — wieder an die Luft gelassen war. Dieser Zerstörer seiner Familie, dieser Protz und Windbeutel! Der wollte auf einer Königlichen Polizeiwache auch noch grob und unverschämt werden? Warte, Bursche!

Herr, wenn Sie sich hier im Lokal nicht anständig benehmen — —wollte er sagen.

Indessen war jeder von beiden im letzten Augenblick daran gehindert, auf den anderen loszubrechen. Und bei einem jedem waren es der Momente drei, die ihn hemmten.

Als Herr Dassel losstürzen wollte [illegible] einen sehr deutlichen Ruck an den Schößen seines Rockes. Dieser Ruck kam von Frau Dassel und pflegte auf ihn die Wirkung auszuüben wie das Haltesignal auf den Führer einer Heißdampf-Schnellzugslokomotive. Frau Dassel hatte nämlich nicht wie ihr Gatte in Wut nebenan auf dem Bänkchen gesessen, sondern in Not und verzweiflungsvoller Angst darüber, daß Hilde mit dem Polizeileutnant doch noch ein Herz und eine Seele sei. O du lieber Gott, was sollte daraus werden? Der Gedanke an ihr unglückliches Kind füllte in tiefster Trübsal ihr Herz einzig und allein aus. Darum nur jetzt keinen neuen Skandal, bevor sie nicht wüßte, was es mit dieser Begegnung auf sich hatte. Und vor allen Dingen nicht in diesem Augenblick und an diesem Ort, wo man sachliche Aufklärung und die amtliche Hilfe des Leutnants brauchte in punkto der Verhaftung und des Königlichen Landgerichts. Wenn ihr Eduard jetzt noch grob würde, würde er nicht nur gar nichts erreichen, sondern sich womöglich noch empfindlich in die Nesseln setzen. Also gab sie das gewohnte Signal, das bei erhitzten Disputen in Gesellschaft, bei verwandschaftlichen Auseinandersetzungen usw. immer mit Erfolg funktionierte. Also Frau Dassel war das eine Hemmungsmoment.

Zweitens überkam Herrn Dassel selbst, als er sich in dem Dienstlokal des Reviervorstandes befand und die Königliche Amtsgewalt leibhaftig vor sich sah, denn doch die dunkle Vorstellung, daß er hier in allererster Linie amtliche Dinge zu erörtern habe und nicht Familienangelegenheiten. Und so viel Besinnung hatte er schließlich, daß er einsah, daß man bei Behörden mit bloem Krachschlagen und Spektakeln am allerwenigsten Erfolg erzielt. Je höflicher man in Geschäften verhandelt, desto mehr erreicht man. Er stellte also den beleidigten Familienvater mit verbissenem Grimm notgedrungen zurück und begnügte sich, seiner mißratenen Tochter einen Blick zuzuschleudern, in dem sieben große und entsetzliche Flüche von Strafgericht und Verdammnis zusammenrannen. Frau Dassel fing diesen Blick auf und erschauerte bis ins Mark.

Das dritte Hemmnis aber, das einfachste und prompteste, kam von außen. Als Herr Dassel nämlich von seiner Anrede gerade das erste Wort schnaubte: „Herr . . .", brach der Donner seiner Rede plötzlich ab. Ein liebes Lippenpaar verschloß ihm gänzlich den Mund. Mit jubelndem Aufschrei: „Papa, lieber Papa!" flog Hildchen ihm an den Hals und schluchzte, selig ob seiner Befreiung.

„Max, er ist unschuldig!" jubelierte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190104-15/fragment/page=0005

Sternschnuppen prangen in den ersten Tagen des Monats von einer Himmelsgegend auszustrahlen, wo Drache, Boötes und Herkules zusammentreffen.

Der Beobachtung des Fixsternhimmels wollen wir die Stunde widmen, wo das schönste aller Sternbilder, der himmlische Orion, gerade seinen höchsten Stand über dem Geschichtskreise erreicht. Die Richtung der drei Gürtelsterne (die auch als Jakobstab bezeichnet werden) führt nach links unten auf das Bild des großen Hundes mit dem funkelnden Sirius und nach rechts oben auf den Stier, dessen rötlicher Hauptstern Aldebaran als Lieblingsstern Deiseys von Lilienecron bekannt ist. Nahe dem Scheitelpunkt strahlt der Sternstern Kapella im Fuhrmann. Von hier aus dem Lauf der Milchstraße nach Westen folgend streifen wir die Bilder des Perseus (siehe die Kassiopeia, der mythischen Mutter der Andromeda, deren Sternbild sich unmittelbar darunter befindet und an das große Bild des Flügelpferdes (Pegasus) anschließt, das schon zum Teil untergegangen ist. Von Kapella aus nach Südwesten zu fallen uns zuerst die Zwillinge Kastor und Pollux im Auge, von denen der Erstgenannte ein bemerkenswerter Doppelstern ist. Diesem folgt im Tierkreis der Krebs, in welchem schon das undeutlichere Auge einen nebligen Fleck (den Sternhaufen der Krippe) entdeckt. Auch das folgende Bild, der große Löwe, ist schon ganz aufgegangen. Im Nordwesten erblicken wir den wohlbekannten Großen Bären oder Himmelswagen. Die (gegenwärtig nach links zu führende) etwa fünffach verlängerte Verbindungslinie der am weitesten von der Deichsel entfernten Sterne weist auf einen vereinzelten Stern 2. Größe, den Polarstern, im Kleinen Bären. Shakespeare ließ einen seinen größten Helden sich mit diesem vergleichen und ausrufen:

„Doch ich bin standhaft wie des Nordens Stern,
Des ewig gleiche unverrückbare Art
Nicht ihres Gleichen hat am Firmament."

Möge auch uns, wo jetzt „die Zeit aus den Fugen" ist, ein solcher Mann erscheinen.

Das Programm der Deutsch-Nationalen Volkspartei und die bevorstehende Wahl.

Ueber diese Themen sprachen am Donnerstagabend in einer stark besuchten Versammlung der Deutsch-Nationalen Volkspartei (Kreisgruppe Merseburg) im Tivoli vorm hierselbst Landesrat Bothe und Rechtsanwalt Dr. Rademacher. Nach den Begrüßungsworten des letzteren wurde von einem Angehörigen der sozialdemokratischen Partei unbedingte Redefreiheit verlangt. Herr Dr. Rademacher machte darauf aufmerksam, daß nach den Ansprachen der Redner des Abends, soweit es die Zeit erlaube, Gelegenheit zur Diskussion gegeben sei. Schließlich wurde nach der Rede des Landesrats Bothe eine Diskussionspause von einer halben Stunde eingeräumt, wenn von sozialdemokratischer Seite die bisher beliebten Unterbrechungen unterblieben, was auch zugesagt wurde. Herr Landesrat Bothe wies darauf hin, daß gar viele mit dem 9. November v. J. die Morgenröte einer neuen Zeit angebrochen wähnten. Aber von dem Aufsteigen eines frohen, heiteren Tages sei wenig zu spüren gewesen, als unser Waffenstillstandsangebot den Zusammenbruch unseres alten Reichs einleitete. Noch manches wäre zu retten gewesen, wenn unsere innere Front gehalten hätte. Eine schwere unsühnbare Schuld hat da unser Volk auf sich geladen, als in höchster Not die Revolution über uns hereinbrach. Da schwand unser letzter Halt. Die Verantwortung dafür trägt die sozialdemokratische Partei! (Stürmischer Beifall, Widerspruch bei den anwesenden Sozialdemokraten.) Nun liegt tiefes Dunkel über unser Vaterland gebreitet, und man fragt sich oft trostlos, wie es möglich gewesen sei, daß wir in diese düstere Lage hineingekommen sind. — Redner schildert unsere Lage in der ersten Hälfte des Jahres 1918 als günstig, aber man hätte Amerika unterschätzt. Dazu sei die systematisch betriebene Verhetzung im Innern unseres Vaterlandes getreten. So sei der Siegeswille unseres Volkes immer weiter untergraben worden. Dann kam der Rückzug vor der gewaltigen Uebermacht an Menschenmaterial und Machtmitteln Amerikas. Kein Durchbruch ist unseren Feinden gelückt, aber es kam der bulgarische und österreichisch-ungarische Zusammenbruch mit seiner verhängnisvollen Wirkung. Nun hat die sozialdemokratische Partei die volle Verantwortung für den Umsturz übernommen. Es wurde vor Ausbruch der Revolution geflissentlich verbreitet, daß auch die gegnerischen Typen in den Umsturz eintreten würden. Da hat man sich gründlich getäuscht. Die Ententesozialdemokratie ist ihrer nationalen Sache treugeblieben. Jene Auffassung aber hat bei uns der Sozialdemokratie bei der Revolution leider viele Mitläufer geschaffen. Die Internationale verlangte! Revolutionen können berechtigt sein.. Bei uns aber waren die Vorbedingungen zu einer solchen nicht gegeben. Mit den im Lauf des Krieges zu Tage getretenen Schäden am Volkskörper wären wir auch ohne Revolution fertig geworden. Auch setzen ja in der Regierung gar manche Sozialdemokraten. (Wiederholte Zwischenrufe von sozialdemokratischer Seite veranlassen den Vorsitzenden zur Bitte, doch die Redefreiheit zu achten.) Die Not des Vaterlandes hat den sozialdemokratischen Führern die willkommene Gelegenheit gegeben, die Macht an sich zu reißen. Es ist somit die Schuld der Sozialdemokratie, daß unser Volk jetzt in zwei Lager gespalten und völlig wehrlos ist. (Wiederholte Zwischenrufe.) Von dem erwarteten Verständigungsfrieden ist längst keine Rede mehr, obwohl wir ihm zu Liebe den Militarismus und manches andere noch beseitigt haben. Die gelockerte Disziplin der Truppen hat auch zur Zuchtlosigkeit ungeheuer Werte geführt. Die jetzige Regierung sieht alledem hilflos gegenüber. Ohnmächtig müssen wir der Freiheit der Polen und Tschechen zusehen. Ueberall herrschen Verfälschung und Zerrissenheit. Unsere Volkswirtschaft wird bald zu Grunde gerichtet sein, wenn nicht eingelenkt wird. Einsichtige sozialdemokratische Führer sehen das auch ein. Die sozialistischen Experimente, die jetzt gemacht werden, sind gefährlich für Industrie und Landwirtschaft, sowie Kirche und Schule. Man denke nur an die Erlasse Adolf Hoffmanns! Darum darf die Sozialdemokratie in der jetzt zu wählenden Nationalversammlung nicht die Mehrheit bekommen. Sollte das jedoch der Fall sein, so würde unsere wirtschaftliche und ideelle Entwicklung schweren Schaden erleiden. Unser Volk muß sich innerlich erneuern! Und zwar auf christlicher und deutschnationaler Grundlage. Nur so kann und wird über uns die Morgenröte besserer Zeiten aufgehen. Redner hofft, daß die Parteien im neuen Deutschland sich einmal doch näher treten werden. Jetzt aber geht es hart auf hart. — Wir wollen uns nicht an die Wand drücken lassen. An das deutsche Bürger- und Bauerntum ergehe jetzt die Mahnung, entschlossen zur Wahl zu schreiten und in der Nationalversammlung die Bürger in die Majorität zu bringen. — Nachdem der Vorsitzende dem Redner für seine fesselnden, warmherzigen Ausführungen gedankt hatte, meldete sich Herr Daniel (Soz.) zum Wort. Er erklärt, auf die vom Vorredner gegen die Sozialdemokratie gerichteten Vorwürfe antworten zu wollen. Ein Dunkel sei durch die Revolution keineswegs über Deutschland gebracht worden. Wohl herrsche noch manche Verwirrung, aber wo auf der Welt sei je eine Umwälzung so glatt, so unblutig verlaufen wie bei uns, ein Zeichen gewiß dafür, wie besonnen und praktisch die Sozialdemokratie die Revolution gehandhabt hätte. Redner geht dann auf die Schuldfrage in diesem Kriege ein, wobei er die alten Anklagen gegen die „Rote", die bisher geherrscht habe, erhebt. Veröffentlichte deutsche Dokumente beweisen, daß Deutschland ebenfalls schuld an dieser Weltkatastrophe habe. So mußte der faule deutsche Militarismus zusammenbrechen. Auch wir lieben das deutsche Vaterland, aber wir konnten uns in ihm nicht wohl fühlen, da wir entrechtet waren. Nicht wir haben den Gewaltfrieden verschuldet, sondern die alte Militärmacht und ihr Zusammenbruch. Nur die Arbeit kann uns aus unserem Unglück erretten. Unser Kampf muß durchgefochten werden. Die Nationalversammlung steht vor der Tür. Trägt sie den Arbeitern nicht Rechnung, dann kommt eine wirkliche Revolution. Wir wollen aufbauen und nicht vernichten. Wenn auf der Nationalversammlung die Sozialdemokratie die Oberhand bekommt, dann wird der wahre Rechtszustand eintreten. Wir lassen uns nichts mehr streitig machen. Das arbeitende Volk läßt sich die Macht nicht mehr entreißen. In dem neuen Staat solle und müsse ein jeder mitarbeiten. Redner fordert zum Schluß auf, bei den Wahlen zur Nationalversammlung für die Sozialdemokratie zu stimmen. — Der Vorsitzende dankt dem Redner für seine sachlichen Ausführungen und erteilt Herrn Rechtsanwalt Dr. Rademacher das Wort. Dieser weist zunächst darauf hin, daß manches, was der Vorredner gesagt habe, gut klinge, aber bei näherer Prüfung nicht stichhaltig sei. Ganz offen habe er die Klassenherrschaft proklamiert. Noch habe die Nationalversammlung nicht gesprochen. Er sei mit dem Vorredner der Ansicht, daß die Arbeitskraft unseres Volkes kein Hauptkapital sei. Dem arbeitenden Volke aber wolle die deutschnationale Volkspartei geben, was ihm gebührt. Nur über die Mittel und Wege und das Maß dabei sei man verschiedener Ansicht. Die Deutsch-Nationale Volkspartei verkenne, daß man anerkennt, daß deren Prinzipien ebenso ehrlich sind, wie diejenigen anderer Parteien. Im Leben der Völker, wie des einzelnen sei Werden und Entwicklung das Fundament. Darum könne auch eine 500jährige Geschichte aus unserem Staatsleben nicht ausgelöscht werden. Das Wiegenlied von einem neuen glücklicheren Zeitalter zerflattere wesenlos vor der Wirklichkeit. Wer glaube, mit Maschinengewehren und dem Gebrüll der Straße das geschichtlich Gewordene vernichten zu wollen, der irre sich. Heute haben wir einen Rausch der Revolution und einen Bacchanismus derselben. Leider können viele noch nicht klaren Blicks würdigen, was der 9. November v. J. ausgewirkt habe. Es tue gut, sich dabei an die Lehren der Geschichte zu halten. Sie enthalte die Richtmaße einer ewigen Ordnung. Daß wir nicht siegten, die Schuld daran sei mannigfach verteilt, daß wir aber eine solche Niederlage erlitten, die Schuld daran trage die Sozialdemokratie. — Redner weist auf dasjenige hin, was heute das Bürgertum einigen müsse, und entkräftet den Vorwurf, daß die Deutsch-Nationale Volkspartei Zersplitterung in die Reihen des Bürgertums trage. Dann entwickelt er den längeren das bereits bekannte Programm seiner Partei, wobei er besonders dasjenige hervorhob, was dieselbe von den anderen bürgerlichen Parteien trennt. Es müsse betont werden, daß die Deutsch-Nationale Volkspartei eine grundsätzlich anders gerichtete Stellung zur Sozialdemokratie einnehme, als die demokratische Partei. Aber sie trete für einen weitgehenden Ausbau der Angestellten- und Arbeiterversicherung ein. Die Deutsch-Nationale Volkspartei sei eine Partei der Ordnung und des Rechts. Hervorgegangen aus einer Verschmelzung der bisherigen rechtsstehenden Parteien, zu denen hier im Kreise auch die Nationalliberalen getreten sind, hatte sie fest an den christlichen Grundlagen des Staates, an der Unverletzlichkeit und Sicherheit des persönlichen Eigentums und trete ein für eine planmäßige Besiedelung des platten Landes zur Schaffung neuer Bauernwirtschaften. Die Deutsch-Nationale Volkspartei trete ferner ein für Schutz und Förderung aller Arbeit, Abbau der Zwangswirtschaft, zielbewußte auswärtige Politik, für ein den Bestand des Reichs gewährleistendes Volksheer, die wertkräftige Mitarbeit der deutschen Frau in Familie und Ehe, sowie im öffentlichen Leben. Die Deutsch-Nationale Volkspartei ist eine Partei der Ordnung und des Rechts. Sie wird unter jeder Regierung mitarbeiten, die auf dem Willen einer zu wählenden Nationalversammlung beruht und Ruhe und Ordnung im Lande verbürgt.

Nachdem Herr Rechtsanwalt Dr. Rademacher das Programm der Deutsch-Nationalen Volkspartei bis ins Einzelne durchgesprochen hatte, ging er scharf ins Gericht mit der abscheulichen Art und Weise, wie jetzt vielfach die Frage der Schuld am Kriege erörtert wird. Er nannte diese Art und Weise unwürdig, ehrlos und unklug und begründete dieses sein Urteil in schlagendster Weise. Redner schloß: Der Wille des Volkes wird am 19. Januar entscheiden. Wir werden unter der durch die Nationalversammlung festgelegten Regierungsform arbeiten, um unserem armen, gequälten Vaterlande zu helfen. Wer sich mit unserem Programm einverstanden erklärt, möge der Partei beitreten. (Stürmischer Beifall.)

In der

Diskussion

sprach zunächst Herr Kaufmann Tänzer. Er erwiderte Herrn Daniel, daß der deutsche Arbeiter der freieste Arbeiter der Welt sei: Wer wie er, lange im Auslande gelebt habe, könne das wohl beurteilen. Jeder Mensch, der Deutschland kenne und im Auslande lebe, sage immer wieder: Es gibt nur ein Deutschland! Darum haben uns unsere Feinde auch daheim und sind über uns hergefallen. Wir alle wollen wieder ein freies, starkes Deutschland schaffen. Dazu gehört der innere Friede. Wir haben alle Ursache, Hand in Hand zu arbeiten. Lassen Sie alle Leidenschaften fahren! Die Feinde ziehen aus unserer Uneinigkeit nur Nutzen und können sie benutzen, uns ganz zu vernichten! — Herr Köhn (Soz.) wendet sich dagegen, daß die Sozialdemokratie eine Diktatur errichtet habe. Wir denken zu hoch, um uns so mit Schmutz bewerfen zu lassen. Wenn die sozialistischen Ideen erst noch mehr bekannt sein werden, wird die Sozialdemokratie noch weiter Macht gewinnen. Aufklärung ist not. Die Kräfte in unserem Wirtschaftsleben werden auch über die Nationalversammlung im Sinne des Sozialismus entscheiden. Wenn sich die Deutsch-Nationale Partei diesem Gang der Entwicklung entgegenstellt, wird sie unter die Räder kommen. Wir werden uns das Heft nicht mehr aus der Hand nehmen lassen. Die Nationalversammlung wird eine sozialdemokratische Mehrheit haben oder nicht lange bestehen. Die urwüchsige Kraft des Volkes wird sich durchsetzen. Die arbeitenden Massen müssen ihr Recht haben und behalten. Nachdem Redner noch wirtschaftliche Fragen behandelt und die Schuld am Kriege noch einmal erörtert hat, schließt er mit der Aufforderung zur Sparsamkeit seitens der Besitzenden, um aus der wirtschaftlichen Not herauszukommen. Ein höflicher Anruf auf Wilhelm II wird durch Pfuirufe in der Versammlung gerügt. — Herr Körlin von der demokratischen Partei weist darauf hin, daß in Frankreich und England in den letzten Tagen die Friedsparteien sehr gewachsen und erstarkt seien. Diese wollten von einer Vernichtung Deutschlands nichts wissen. Die Franzosen erkennen eine deutschen Arbeiter- und Soldatenräte nicht an. In Frankreich herrsche eine rücksichtslose Militärpartei. Sache der Gesamtheit sei es, den sozialen Wiederaufbau durchzuführen. In diesem Sinne werden wir unseren Parteikampf führen. (Starker Beifall.)

Herr Rechtsanwalt Dr. Rademacher macht die Anwesenden mit der deutschnationalen Kandidatenliste für die Wahl zur Nationalversammlung bekannt. Es sind für diesen Bezirk aufgestellt: Staatsminister Dr. Graf von Posadowski-Wehner, Telegraphenbauführer Buhlmann, Eisleben, Schulamtsbewerbermstr. Arndt, Halle a. S., Lehrer Krukenkopf aus Lettin, Dr. Stange-Nieladt bei Sangerhausen, Frau Elisabeth Rödiger-Wöchler, Halle a. S., Landwirt Seibide aus der Gegend von Eilenburg, Dr. Carlson, Halle a. S., Sozialsekretär der Niebecksschen Montanwerke und Pastor Pasche.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland.

Amtliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Von Jahr zu Jahr vermehrt sich die Anzahl der Steuerpflichtigen, welche von dem Rechte der mündlichen Abgabe der Steuererklärung Gebrauch machen. Um die Ablertigung der von hier und auswärts erscheinenden Steuerpflichtigen, die ihre Steuererklärung für das Jahr 1919 mündlich abzugeben beabsichtigen, zu sichern, empfehle ich, nach Möglichkeit nur an den hierunter vorgesehenen Tagen auf dem Steuerbüro, Domstraße 4, Seitengebäude, vorzusprechen.

Für die Steuerpflichtigen der Stadt Merseburg steht der 7., 9. 10., 13., 16 und 17. Januar 1919 zur Verfügung und zwar für die in den mit den Buchstaben

A. B. C. beginnenden Straßen wohnenden Steuerpflichtigen Dienstag, der 7. Januar,

D. E. F. beginnenden Straßen wohnenden Steuerpflichtigen Donnerstag, der 9 Januar,

G. H. K. beginnenden Straßen wohnenden Steuerpflichtigen Freitag, der 10. Januar,

L. M. N. beginnenden Straßen wohnenden Steuerpflichtigen Montag, der 13. Januar,

O. P. R. S. beginnenden Straßen wohnenden Steuerpflichtigen Donnerstag, der 16. Januar,

T. U. V. W. beginnenden Straßen wohnenden Steuerpflichtigen Freitag, der 17. Januar.

Für die in den übrigen Städten des Kreises und auf dem platten Lande wohnenden Steuerpflichtigen bleibt

Sonnabend, der 4. Januar,
Montag, „ 6. „
Mittwoch, „ 8. „
Sonnabend, „ 11. „
Dienstag, „ 14. „
Mittwoch, „ 15. „
Sonnabend, „ 18. „ und
Montag, „ 20. „

frei.

Die Ortsbehörden ersuche ich, diese Bekanntmachung, welche sich nur an die im Steuerjahr 1918 mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. Veranlagten bezieht, in geeigneter Weise zur Kenntnis der Steuerpflichtigen zu bringen.

Merseburg, den 31. Dezember 1918.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission.
J. V.: von Neuhaus

Bettnässen Erfolgreiche Befreiung. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Sanitas-Depot, Halle a/S. H. 5. 6a.

Hausgrundstück mit Garten sofort zu verkaufen. Näheres in der Expedition d. Bl.

Aufruf!

Freiwillige für die 10. Armee werden gebraucht.

Die 10. Armee — Oberbefehlshaber General v. Falkenhayn — steht an der Ostgrenze, um die Heimkehr der Truppen der Heeresgruppe Kiew sowie der 8. Armee zu sichern.

Drei Monate etwa muß die 10. Armee ihre Linie noch halten, damit die Kameraden aus Estland und Livland, vom Kaukasus und Don ungefährdet die Heimat erreichen können.

Aber die Armee hat seinerzeit alle jüngeren Mannschaften zur Unterstützung der Westfront abgegeben. Rest sind für die Elsaß-Lothringer und Linksrheinländer, aus denen sie zum großen Teil bestand, entzogen worden. Der Rest ihrer Truppen ist überalterter Landsturm, der nach Hause drängt. Die entkandenen und entstehenden Lücken müssen sofort ausgefüllt werden.

Jeder, der eine Waffe führen kann und gewillt ist, den nicht schweren Dienst hier draußen treu zu tun, wie es sich für den deutschen Soldaten von altersher gehört, ist willkommen.

Stehen wir in diesem guten deutschen Soldatengeist zusammen, dann gibt es hier keinen Feind, den wir auch nur einen Augenblick zu fürchten hätten.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes und der sonstigen Verhältnisse in Deutschland wird nicht wenig für den freiwilligen Eintritt geboten: Kräftige, ausreichende Verpflegung neben Unterkunft, Bekleidung, Ausrüstung. M. 30.— monatliche Grundlöhnung für jeden Mann, dazu M. 5.— Tageszulage vom Diensteintritt an. Unteroffiziere erhalten entsprechende Grundlöhnung ihrer Dienstgradlöhnung neben der Tageszulage, soweit und sobald sie in Etatsstellen einrücken können.

Die erste Dienstverpflichtung erfolgt auf drei Monate. Nach deren Ablauf gilt 10-tägige Kündigung von beiden Seiten, wenn nicht Verlängerung des Vertrages erfolgt. Dienstprämie von M. 100.— nach Ablauf des ersten Vierteljahrs ist in Aussicht gestellt.

Kameraden! Wer den Uebergang vom Heeresdienst zum bürgerlichen Leben jetzt noch nicht finden kann, wer im fremden Lande noch etwas von der Welt sehen will, wer vielleicht eine neue Zukunft in fremden Lande sich zu gründen gedenkt, der melde sich zum Freiwilligendienst in der 10. Armee.

„Eile tut not!"

Armeeoberkommando der 10. Armee.

Werbestelle: Mil. Arbeitsnachweis, Magdeburgerstraße 67 in Halle a. S.

Veröffentlicht.
Merseburg, den 1. Januar 1919.
Der Landrat.
Nr. 46 L. Frhr. von Wilmowski.

Verein ehemaliger Artilleristen.

Die nächste Monatsversammlung findet nicht am Freitag den 3., sondern am

Sonntag, den 5. Januar 1919, nachmittags 3 Uhr

in Müller's Gasthause hier, am Bahnhofe Nr 4 statt.

Hierzu werden die Vereinsmitglieder, insbesondere die aus dem Felde heimgekehrten Kameraden, mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung eingeladen.

Ehemalige Artilleristen, welche dem Vereine als Mitglied nicht angehören, können als Gäste eingeführt werden.

Merseburg, den 30. Dezember 1918.

Der Vorstand.

Gottesdienste

Sonntag, den 5. Januar 1919

Es predigen

Dom. Vorm. 10 Uhr: Superintendent Bithorn.
Nachm. 5 Uhr: Diakonus Buttle.
Abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein des Vaterländischen Frauenvereins, Seminar. 1.
Volksbibliothek geöffnet Sonntags von 11 bis 1½ Uhr mittags.
Montag abends 8 Uhr Bibelstunde in der Herberge zur Heimat. Diakonus Buttle.

Stadt. Vorm. 10 Uhr: Pastor Riem.
Abends 8 Uhr: Evang. Männer- und Jünglingsverein, Mühlstr. 1. Pastor Berger.

Ev. Mädchenbund St. Maximi.
Montag abend: Leseabend
Mittwoch abend: Versammlung, Mühlstr. 1. Pastor Riem

Altenburg. Vorm. 10 Uhr: Pastor Schumann. Im Anschluß Beichte und Heilges Abendmahl. Derselbe
Montag, nachm. 4 Uhr: Frauenhilfe, Unter-Altenburg 35.
Montag, abds. 8 Uhr: Leseabend. Unteraltenburg 36.

Neumarkt. Vorm 10 Uhr: Pastor Bolt.
Montag abends 8 Uhr: Versammlung der konf. Söhne im Jugendheim, Berderstraße
Dienstag, nachm. 4 Uhr: Monatsversammlung d. Frauenhilfe des Neumarktes im Jugendheim, Berderstraße.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Evangel. Mädchenverein St. Thomae im Jugendheim, Berderstraße.

Katholischer Gottesdienst

Sonntag, den 5. Januar 1919

Früh 6 Uhr: Beichte.
½8 Uhr: Frühmesse und Predigt.
½10 Uhr: Hochamt und Predigt.
Nachm. 2 Uhr: Christenlehre und Andacht.
Sonnabend abends von 5 Uhr an Beichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919190104-15/fragment/page=0006